

POLITISCHE STUDIEN 486

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

70. Jahrgang | Juli-August 2019 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

WIRTSCHAFT IN BAYERN: GUT AUFGESTELLT



/// Im Zeitgespräch: Keine Angst vor der Zukunft ... aber nehmt sie ernst! – 06

/// Die EU als Anwalt des Verbrauchers – 40

/// Ja zur Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung – 44



Ich **FREUE** mich sehr auf meine neuen Aufgaben.

ICH BIN DER NEUE ...

Die aktuellen Politischen Studien erlauben mir, mich Ihnen als neuer Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung vorzustellen. Zunächst möchte ich auch hier meinem Vorgänger, Dr. Peter Witterauf, für sein Engagement danken. Gleichzeitig will ich unterstreichen, wie sehr ich mich auf meine neuen Aufgaben freue. Die sind breit gefächert, schon aufgrund der vielfältigen Aufgaben und Themen, die unsere Stiftung beschäftigen. Hier werden mir meine früheren Tätigkeiten als Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter zugutekommen.

Im Inland wollen wir weiterhin nachhaltig zur politischen Bildung beitragen und die Debatte um dringende gesellschaftliche Fragestellungen maßgeblich führen. Im Ausland werden wir einen wirkungsvollen Beitrag dafür leisten, die Lebensverhältnisse vor allem auf dem afrikanischen Kontinent zu verbessern und weltweit den Dialog zwischen den Nationen zu fördern. Ziele, die heute wichtiger denn je sind, getreu unserem Motto: „Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“. In diesen Dienst stelle auch ich meine ganze Kraft.

Die großen Herausforderungen für die Wirtschaft wie etwa Digitalisierung, Globalisierung oder die ökologischen Zielsetzungen können wir nur gemeinsam meistern. Mir ist wichtig, dass dabei niemand zurückgelassen wird. Strategisch gilt es, die Wertschöpfungskette von der Forschung bis zum fertigen Produkt zu optimieren durch eine noch intensivere Verzahnung von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Technischen Fortschritt und neue Entwicklungen gilt es, nicht zu verhindern, sondern verantwortungsbewusst zum Wohle der Menschen einzusetzen. Und so ist eine Aufgabe der Stiftung auch, einen Diskurs anzustoßen, der die Sorge aufgreift, dass in einer zunehmend digitalen Arbeitswelt die Bedürfnisse der Menschen aus dem Blick geraten könnten.

Oliver Jörg
ist Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



06

INHALT



16



12



40

IM FOKUS

- 12 WIRTSCHAFT IN BAYERN: GUT AUFGESTELLT**
Einführung
VERENA HAUSNER
- 16 NACHHALTIG UND GUT AUFGESTELLT WEITER IN DIE ZUKUNFT**
Wirtschaftsstandort Bayern: Lläuft!
ROBERT W. OBERMEIER
- 27 MITARBEITER DRINGEND GESUCHT ...**
Wachstumsbremse Fachkräftemangel
FRANZ XAVER PETERANDERL
- 34 GRÜNDERZEITEN**
Wie tickt die Münchner Investoren-Szene?
HELEN DURAN

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 ... ABER NEHMT SIE ERNST!**
Keine Angst vor der Zukunft
MATTHIAS HORX

ANALYSEN

- 40 DIE EU ALS ANWALT DES VERBRAUCHERS**
Freiheit und fairer Wettbewerb im digitalen Binnenmarkt
FLORIAN HERRMANN
- 44 JA ZUR GRUNDRENTE MIT BEDÜRFTIGKEITSPRÜFUNG**
Anerkennung für Leistung in einem langen Arbeitsleben
VOLKER ULLRICH

AKTUELLES BUCH

- 52 DER AUßENPOLITIKER OBAMA**
Barack, Ben, der Iran, Syrien und Israel – oder, wie Amerika die Welt sah
HEINZ GÄRTNER

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 55 REZENSIONEN**
- 66 ANKÜNDIGUNGEN**
- 70 IMPRESSUM**



Quelle: Kurhan/Fotolia

/// Keine Angst vor der Zukunft

... ABER NEHMT SIE ERNST!

Matthias Horx ist einer der bekanntesten und renommiertesten Trend- und Zukunftsforscher Deutschlands. Seine Bücher wie „Anleitung zum Zukunftsoptimismus“ oder „Das Buch des Wandels“ wurden Bestseller. Er arbeitet als Dozent, hält europaweit Vorträge und ist Leiter seines eigenen Forschungsinstitutes. Wir haben uns mit ihm über die Zukunft unterhalten. Sie ist seiner Meinung nach viel hoffnungsvoller und lang nicht so düster, wie es uns die derzeit herrschende „Erregungs- und Hysterisierungskultur“ weismachen will. Die Apokalypse steht also noch nicht bevor, wenn ... ja, wenn wir vor allem mit Verstand in die Zukunft gehen.



/// IM ZEITGESPRÄCH: MATTHIAS HORX
Publizist, Unternehmensberater sowie Trend- und Zukunftsforscher mit eigenem Institut in Frankfurt und Wien.

„ Die Zukunft wird **NICHT** so sein, wie wir sie befürchten.

Politische Studien: Herr Horx, Künstliche Intelligenz, Autonomisierung, Klimawandel, gesundheitsgefährdende Umwelteinflüsse, wachsende Weltbevölkerung ... muss einem angesichts dieser Entwicklungen und Gefahren nicht angst und bange vor der Zukunft werden?

Matthias Horx: Angst ist eine Funktion von innerem Determinismus. Wenn man glaubt, dass die geschilderten Phänomene nur in einer ganz bestimmten Richtung ausgehen können, dann „muss“ man Angst haben. Aber die Zukunft wird eben nicht so sein, wie wir sie befürchten, oder wie sie im medialen „Befürchtungshandel“ kursiert. Sie entsteht immer aus Herausforderungen und den Reaktionen darauf.

Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

Wir leben in einer Erregungs- und Hysterisierungskultur. Ängste sind heute auch Mittel von Strategien, sei es für die Medien, die durch extreme und apokalyptische Szenarien Clickraten und Einschaltquoten generieren. Oder auch für politische Ideologien. Es gibt einen regelrechten Angst-Markt, auf dem Befürchtungen spekulativ verstärkt werden. Die mediale

Welt ist aber nicht die Wirklichkeit, die Realität der Menschen und der Gesellschaft. Sie können das leicht überprüfen, wenn Sie einmal die ganze Medienmaschine in Ihrem Leben abstellen. Dann landen Sie in einer konkreten Wirklichkeit, die viel komplexer, vielschichtiger und auch hoffnungsvoller ist, als uns die Profis der Angsterregung weismachen wollen.

Die Jugend von heute ist zunehmend kritisch und wirft der älteren Generation vor, die Zukunft der Nachkommen sorglos zu verspielen. Haben die Jungen Recht mit ihren Ängsten und Protesten?

Ach ja. Die Älteren sind immer die Verderber, und die Jungen die unverantwortlichen Rebellen. Das ist seit zehntausend Jahren so, und in gewisser Weise muss es wohl so sein. Ich nehme „Fridays for Future“ auch gar nicht so sehr als eine Vorwurfsbewegung gegen die Alten wahr. Es ist eher eine frische Welle von Entschlossenheit, die einen konstruktiven Umgang mit dem fordert, was längst möglich ist, aber immer ängstlich verzögert wird. Die Energiewende, die De-Karbonisierung, ist in ihren technischen und systemischen Bausteinen längst vorhanden. Die Jungen fordern hier



Die Gesellschaft wird individueller, vielfältiger, mobiler, WEIBLICHER und vernetzter.



Der Zukunftsforscher Matthias Horx blickt optimistisch in die Zukunft.

Foto: Klaus Vyhnaek, www.vyhnaek.com

gewissermaßen eine gesellschaftliche Vitalität ein, die Wandel gestaltet. Mit vollem Recht. Es wäre eher bedenklich, wenn so eine Bewegung nicht entstehen würde.

Wie werden wir in Zukunft leben? In welchen Bereichen finden die gravierendsten Veränderungen statt? Werden wir total digital?

Im Prinzip wird die Gesellschaft individueller, vielfältiger, mobiler und weiblicher. Und vernetzter. Das sind fünf klassische Megatrends, die den langfristigen Wandel komplexer Gesellschaften beschreiben. Digitalisierung ist zu einem Mythos geworden, einem Fetisch, einer Narration, hinter denen man sich gut verstecken kann, wenn man nicht so recht weiter weiß. Vieles bleibt analog, aber

das Digitale zwingt uns einfach zu intelligenteren Lösungen. Ich glaube, die „Künstliche Intelligenz“ ist überschätzt. Wir sollten eher an der natürlichen Intelligenz arbeiten. Und dort, wo es sinnvoll ist, uns durchaus von Algorithmen helfen lassen.

Welche Rolle werden Ihrer Meinung nach die Werte in den kommenden Jahren noch spielen? Ist hier eine Rückbesinnung zu erwarten und welche gesellschaftlichen Auswirkungen könnte das mit sich bringen?

Ich habe, ehrlich gesagt, Probleme mit der Wertediskussion. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass dieser Begriff sehr zur Doppelmoral verführt. Wer die verbale Hoheit über die „Werte“ hat, kann viel verbergen. Man denke an die katholische Kirche



Digitale Technik lässt sich zähmen und SINNVOLL benutzen.

und den Missbrauch. Oder an den Populismus mit seiner Pseudo-Werte-Diktion. Auch die Nazis haben ununterbrochen von Werten geredet, von „deutschen Werten“ eben. Ich glaube eher an eine Debatte, die Ethik und Vernunft verbindet. Das ist eigentlich der Kern der Aufklärung – dass wir uns von „gesetzten Werten“ verabschieden und die Gesellschaft, die Zukunft, ständig neu ausverhandeln.

Wird sich das auch auf den digitalen Umgang miteinander auswirken? Derzeit ist hier ja leider eine rasant anwachsende Verrohung – Stichwort Bashing, Shitstorm, Disliking oder Mobbing – zu verzeichnen. Können wir auch in der Anonymität des Netzes zu einem respektablen Umgang miteinander finden, eine Netiquette allgemeingültig machen?

Das ist ein evolutionärer Prozess, den wir bei jeder neuen Technologie erleben. Jede Technik erzeugt eine große Konfusion, Verwirrungen des Gewohnten und Bewährten, Exzesse, in denen sich bestimmte Individuen oder Gruppen die Macht aneignen wollen. Das Netz ist heute noch ein Wilder Westen, in dem man an jeder Straßenecke aufgehängt werden kann. Aber das legt sich. Vor 40 Jahren forderte der Autoverkehr noch einen gewaltigen Blutzoll, seitdem haben wir nicht nur den Sicherheitsgurt erfunden,

sondern auch beim Fahren viel dazugelernt. Es ist wie in der Evolution: Komplexitätsprozesse erfordern neue Metasysteme. Wenn vielzellige Organismen entstehen, erfordert das ein Immunsystem. Das aber entsteht immer auch durch Krankheiten. Oder Anpassungskrisen.

In Ihrem Zukunftsreport 2019 schreiben Sie von einem neuen Space Age. Ministerpräsident Söder hat ja mit seinem geplanten Luft- und Raumfahrtforschungszentrum und dem Raumfahrtprogramm „Bavaria One“ den „New Space“-Trend schon richtig erkannt. Ist das bereits der Anfang für ein zukünftiges Leben auf dem Mars oder anderen Planeten, weil die Erde nicht mehr genügt? Der Plan B sozusagen?

Nun mal langsam. Das Leben im Weltraum ist hart, sehr hart. Der Mensch ist an die Erdatmosphäre adaptiert, und der Aufwand, diese schützende Hülle zu verlassen, ist gigantisch. Wenn man Mond oder Mars besiedelt, kostet das nicht nur Unsummen, es wird auch zu ganz neuen Konflikten führen. Wir werden dabei auch die alten menschlichen Konflikte mitnehmen. Die ausgezeichnete Serie „MARS“ von National Geographic auf Netflix schildert das wunderbar. Diejenigen, die auf der kaputten Erde zurückbleiben, könnten womöglich ziemlich sauer werden. Auswanderung aufgrund von Erdaufgabe ist kein wirk-

lich günstiges Konzept. Weltraumexploration ist aber da sinnvoll, wo sie wie eine Art Spiegel zur Selbsterkenntnis wirkt. Wir schicken sozusagen Sendboten, die die Erde von außen betrachten und dabei Bewusstseinsprozesse auslösen. Das ist der so genannte Overview-Effekt.

Herr Horx, spüren Sie selber bereits den von Ihnen prognostizierten Trend der digitalen Erschöpfung?

Allerdings. Aber ich bin Gärtner, Läufer und Wanderer, und ich habe viele Freunde, die ich nicht „digital bedienen“ kann und will, also mit Likes und flüchtigen Botschaften. Digitale Technik lässt sich zähmen und sinnvoll benutzen, wenn man weiß, wer man selbst ist, welche Anwendung sinnvoll ist und welcher Kanal in welcher Situation der richtige ist. Wenn man 100.000 Freunde auf Facebook hat, ist man oft sehr allein. Wir müssen lernen, zwischen

Verbindungen im Sinne von „Kontakten“ und Beziehungen zu unterscheiden. Unser Leben hängt von Beziehungen ab, nicht von Likes.

Ihr persönlicher Wunsch an die Zukunft?

Ich habe eher einen Wunsch an das Denken über Zukunft. Ich wünsche mir, dass wir uns vor der Infantilisierung der Zukunft in Richtung überzogene Extreme und hysterische Überzeichnungen verabschieden. Da ist ja oft nur Apokalypse einerseits, technische Erlösung andererseits. Wir brauchen so etwas wie Zukunft für Erwachsene. Ein Verständnis für die Fähigkeiten von Menschen, die Welt zu gestalten. Für diese „futuristische Emanzipation“ kämpfe ich.

Die Fragen stellte Verena Hausner, Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// Ende August erscheint Matthias Horx neues Buch:

Horx, Matthias: 15½ Regeln für die Zukunft: Anleitung zum visionären Leben, Econ-Verlag: Berlin, August 2019, 250 Seiten, € 22,00.

/// Einführung

WIRTSCHAFT IN BAYERN: GUT AUFGESTELLT

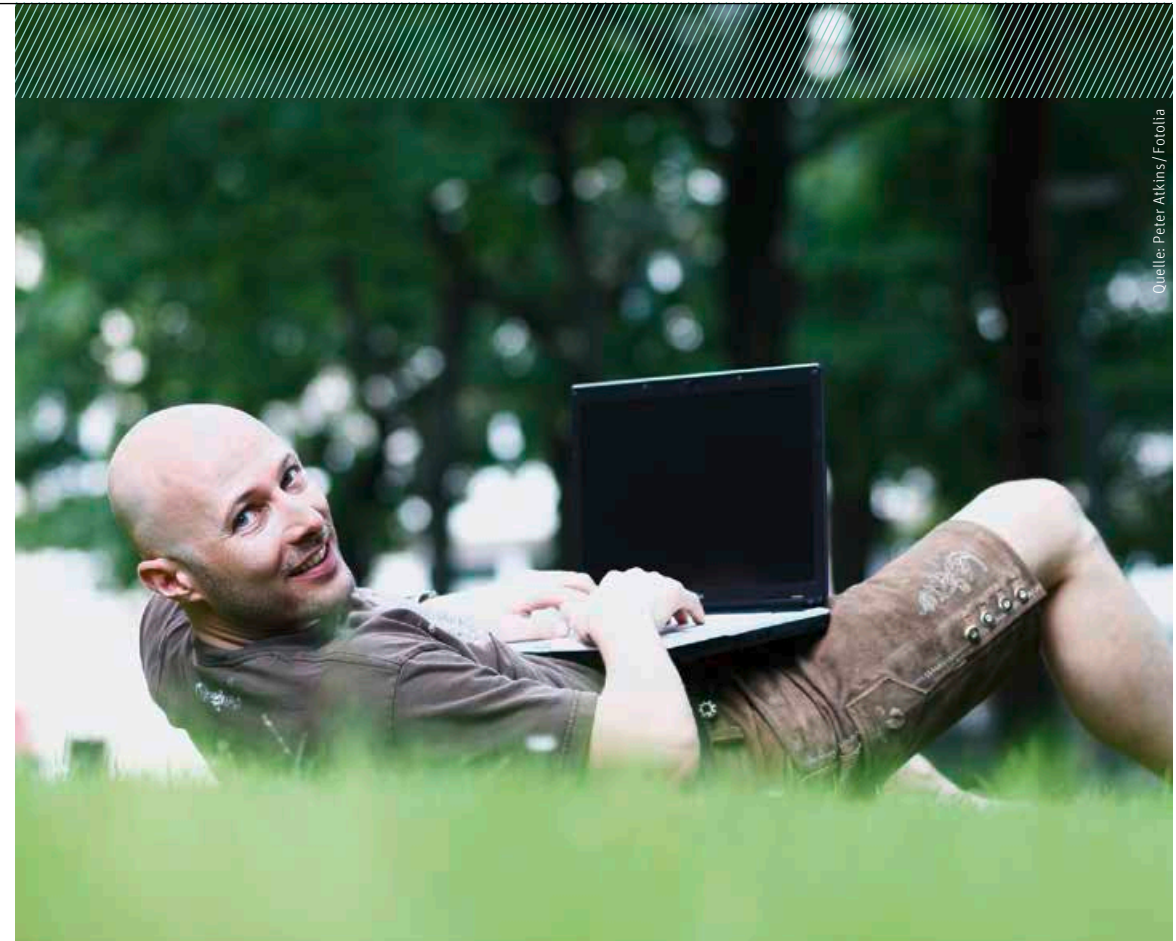
VERENA HAUSNER /// Bayern gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Als Wirtschaftsstandort nimmt der Freistaat eine Spitzenstellung ein. Um das langfristig zu erhalten und um zukunftsfähig zu bleiben, gilt es aber, die Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verbessern und den aktuellen und zukünftigen Gegebenheiten praxisorientiert anzupassen. So kann Bayern weiter auf Erfolgskurs bleiben.

Bayern ist im langfristigen Ländervergleich in Deutschland Wachstumsspitzenreiter. Das Land ist ein Hochtechnologiestandort und bietet gute Investitionsmöglichkeiten, nicht nur im Gründerbereich. Auch im Außenhandel ist der Freistaat stark. Dem war aber nicht

immer so. Bayern war zunächst überwiegend landwirtschaftlich geprägt und hat sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum erfolgreichen Wirtschaftszentrum entwickelt. Vom Agrarstaat zum Zentrum der New Economy oder von der „Lederhose zum Laptop“.

Es ist eine Erfolgsgeschichte, die nicht zuletzt auch unter dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft bis heute gut funktioniert hat. Aber auch wenn Bayerns Wirtschaft derzeit floriert, sollte man dies nicht als Selbstläufer betrachten, wie der Chefvolkswirt der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern, Robert W. Obermeier, in seinem Beitrag eindring-

**Die bayerische Wirtschaft
ist deutschlandweit
WACHSTUMSSPITZENREITER.**



Laptop und Lederhose ... in Bayern ein Erfolgsrezept.

lich darlegt. Die ersten Anzeichen einer Abschwächung der Konjunktur werden bereits sichtbar und erfordern somit ein umgehendes Handeln. Obermeier nennt hier auch ganz konkret wichtige Themenfelder: Fachkräftemangel, Energieversorgung, Steuerentlastung, Flächennutzung, Infrastruktur und Mobilität, Digitalisierung sowie Umwelt- und Klimaschutz. Für all diese Bereiche braucht Bayerns Wirtschaft seiner Meinung nach die bestmöglichen Rahmenbedingungen, um stark zu bleiben. Auch zeigt unser Autor entsprechende Lösungswege auf.

Über sinkende Konjunkturprognosen kann das Handwerk nicht klagen.

Im Gegenteil: Hier herrscht Dank einer hohen Auftragslage und maximaler Auslastung geradezu Hochstimmung. Wehe dem, der derzeit schnell und dringend einen Handwerker braucht. Oftmals beginnt da eine lange Suche. Und genau darauf weist Franz Xaver Peteranderl, der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), in seinem Beitrag hin. Im Fachkräftemangel als Kehrseite des Erfolgs sieht er ein zunehmendes Problem, denn aktuell fehlen in Bayern 30.000 Fachkräfte. Peteranderl sieht hier u. a. noch Potenzial bei der Zuwanderung und plädiert für eine Stärkung und Aufwertung der beruflichen Bildung. Die Handwerksorganisationen

und Betriebe unternehmen hier große Anstrengungen, aber auch Politik und Gesellschaft sind da gefragt. Handlungsbedarf sieht Peteranderl auch bei der Steuer- und Energiepolitik, dem Flächenbedarf und der Entbürokratisierung.

Der **FACHKRÄFTEMANGEL** könnte zur **Wachstumsbremse** werden.

„2018“, schreibt der BHT-Präsident, „beurteilten durchschnittlich 93 % der Betriebe ihre Lage als gut oder befriedigend“. Und das soll natürlich möglichst auch die nächsten Jahre so bleiben.

Die bayerische Wirtschaftspolitik hat bisher ihre Möglichkeiten schon recht erfolgreich genutzt, gerade auch im Innovationsbereich. Bayern ist Gründerland und hier unterstützen zahlreiche staatliche Initiativen mit Schwerpunkt auf technologieintensiven Bereichen. Das sichert die internationale Wettbewerbsfähigkeit und schafft auch Arbeitsplätze. 2018 war ein Rekordjahr für Venture-Capital-Investments, München ist ein Top-Standort für Unternehmensgründungen.

Die Münchner Start-Up- und Investoren-Szene beleuchtet Helen Duran von Munich Startup, einem offiziellen Portal der Stadt und der Region für Gründer, in ihrem Artikel. Diese Plattform dient der Vernetzung von Gründern mit möglichen Partnern, Investoren und Mentoren. Sie hat sich mittlerweile als erste virtuelle Anlaufstelle für technologieori-

enterte, innovative Start-Ups etabliert. Ziel ist es, München und die Region zur ersten Wahl für wachstumsstarke Jungunternehmen in Europa zu machen.

Helen Duran gibt nicht nur einen Überblick über die örtliche Gründerszene, sondern vermittelt mit ihrem Beitrag auch konkrete und hilfreiche Tipps. So zeigt sie auf, dass der Finanzierungsmarkt im Start-Up-Bereich sehr intransparent ist und persönliche Netzwerke am zielführendsten sind. Sie nennt und bewertet zahlreiche wichtige Anlaufstellen, Institutionen und Branchentreffpunkte und lässt auch Branchenkenner mit ihren konkreten Erfahrungen zu Wort kommen. So rät beispielsweise Carsten Rudolph, Geschäftsführer von Baystartup, jedem Interessenten, immer gut abzuwägen, mit wem er Finanzierung oder Geschäftsidee vertrauensvoll diskutieren kann. Für den allgemeinen Austausch der Akteure ist Transparenz schon wichtig, meint auch Boris Hardi, der Gründer von Capmatcher und sogenannter Business Angel. Aber er warnt auch: „Transparenz im Fundraising ist nur dann gut, wenn man als Start-Up Kontrolle darüber hat, an wen welche Informationen weitergegeben werden.“

Helen Durans Beitrag dient als guter Einstieg in die Start-Up-Szene und verschafft einen fundierten ersten Überblick und Durchblick.

Der Wirtschaftsstandort Bayern steht gut da. Handel und Handwerk flo-

Die Gründerszene lebt vom **PERSÖNLICHEN** Kontakt.

rieren. Es besteht eine dynamische Gründerszene. Damit sich diese positiven Entwicklungen fortsetzen und der Freistaat auch zukünftig bei Investitionen und Wachstum vorne bleibt, müssen weiter bestmögliche Rahmenbedingungen bestehen und genutzt werden. Dazu müssen alle Seiten eng zusammenarbeiten. ///



/// **VERENA HAUSNER**

ist Stv. Redaktionsleiterin der **Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.**

/// Wirtschaftsstandort Bayern: Läuft!

NACHHALTIG UND GUT AUFGESTELLT WEITER IN DIE ZUKUNFT

ROBERT W. OBERMEIER /// Als Wirtschaftsstandort ist Bayern höchst dynamisch und erfolgreich. Doch nun prognostizieren die Konjunkturanalysen der bayerischen Industrie- und Handelskammern (IHK) und der Wirtschaftsinstitute, dass sich das Wachstum verlangsamen wird. Damit wächst der Handlungsdruck. In vielen Themenfeldern wie der Fachkräftesicherung, der bezahlbaren Energie, den Steuern, der Flächennutzung, der Infrastruktur, der Mobilität, der digitalen Infrastruktur, der digitalen Kompetenzen, dem lebenslangen Lernen und dem Umwelt- und Klimaschutz gilt es, praxisorientierte Lösungen zu generieren. Nur so bleibt die bayerische Wirtschaft langfristig zukunftsfähig.

Bayern ist nicht nur lebens- und liebenswert, sondern vor allem auch sehr erfolgreich. Derzeit liegt der Freistaat mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 625 Milliarden Euro auf Platz Zwei der deutschen Bundesländer. Zirka ein Fünftel des deutschen BIP erwirtschaften bayerische Unternehmen. Auch im europäischen Vergleich schneidet Bayern gut ab. So gehört Oberbayern zu den Regionen, in denen das durchschnittliche Pro-Kopf-BIP den EU-28-Durchschnitt um mindestens 50% übertrifft. Zugleich ist der Freistaat hierzulande der Arbeitsmarktprimus. Es gibt mehr als 5,5 Millionen sozial-

versicherungspflichtige Arbeitsplätze, unterm Strich herrscht überall Vollbeschäftigung. Dementsprechend gehört Bayern auch zu den kaufkräftigsten Märkten der Welt. Das kommt nicht von ungefähr.

Die Wirtschaft in Bayern ist
sehr **ERFOLGREICH**.



Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaft ist eine gut funktionierende Infrastruktur und Mobilität.

Grundsätzlich ist die bayerische Wirtschaft sehr dynamisch ...

Zählt man allein die Mitglieder der bayerischen IHKs, haben rund 990.000 Unternehmen ihren Sitz in Bayern. Neben multinationalen Konzernen, starken mittelständischen Familienunternehmen, vielfältigsten Kleinbetrieben und Solo-Selbstständigen gehören dazu auch mehrere der DAX-30-Unternehmen. Zugleich hat sich in Bayern eine erfolgreiche Gründerszene etabliert. Das US-amerikanische Forschungsinstitut Startup Genome schreibt allein den Münchner Start-Ups einen Wert von rund 4,5 Milliarden US-Dollar zu. Im Fintech-, Healthcare- und Automotive-Bereich zählt es die Stadt zu den Top-Standorten für Start-Ups weltweit.

War der Freistaat nach dem Zweiten Weltkrieg noch vor allem landwirtschaftlich geprägt, hat er sich mittlerweile, getreu dem Motto „Laptop und Lederhose“, zu einem Zentrum der New Economy entwickelt. Immer mehr Unternehmen aus der Informations- und Kommunikationsbranche (IKT), der Bio- und Gentechnologie sowie der Umwelttechnik sitzen in oder kommen nach Bayern. Microsoft-Gründer Bill Gates verlieh Bayern sogar das Prädikat des „HighTech-Mekkas Europas“.

Weiter gestärkt wird diese Entwicklung durch eine hohe Innovationsbereitschaft der bayerischen Wirtschaft. So investieren Bayerns Unternehmen mehr als 3 % des BIP in Forschung und Entwicklung (F&E). Damit zählt der Freistaat zu den Spitzenreitern unter den Bundesländern. Auch bei den Patenten hat Bayern mit 29 % aller in Deutschland neu erteilten Anmeldungen einen Spitzenplatz. Die Technologiefelder mit den meisten Patenten sind der Fahrzeugbau, Halbleiter, Getriebe, Kunststoffver-

arbeitung sowie digitale Datenverarbeitung. Insbesondere bei den Basis- und Anwendungstechnologien der Digitalisierung sowie bei neuen Mobilitätskonzepten gilt Bayern als Treiber. Nicht zuletzt macht der Außenhandel den Freistaat stark. Trotz der aktuellen internationalen Handelskonflikte bleiben Bayerns Ausfuhren stabil. Die bayerische Wirtschaft exportierte im ersten Quartal 2019 Waren im Wert von 47,8 Milliarden Euro, ein Plus von 0,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Es gibt eine hohe INNOVATIONSBEREITSCHAFT.

Grundsätzlich muss das Fazit also positiv ausfallen: Bayern ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort und der Wachstumsmotor in Deutschland. Es gilt nun, diese Dynamik weiter anzukurbeln, den Standort zukunftsfest zu machen und wettbewerbsfähig zu halten.

... aber aktuell verlangsamt sich das Wachstum

Die Bedingungen dafür sind jedoch schlechter geworden. Die aktuellen Zahlen der Konjunkturumfrage der bayerischen IHKs sowie die Aussagen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute belegen klar: Bayern steht am Ende des Booms, die Stimmung der bayerischen Wirtschaft ist von 128 auf 124 Punkte gesunken. Dies ist der schlechteste Wert seit der Eurokrise im Jahr

2011/12. Eine scharfe Rezession ist vorerst zwar nicht zu erwarten. Unterm Strich gehen die Unternehmen aber mittelfristig von einem schwächeren Wachstum aus und wollen daher weniger investieren und auch weniger Personal aufbauen.

Interessant ist, wo die Unternehmen die speziellen Risiken verorten: Trotz der konjunkturellen Abkühlung bleibt der Fachkräftemangel das am häufigsten genannte Risiko. Aktuell sehen ihn 61 % der Unternehmen als Gefahr an. Eine Eintrübung der Inlandsnachfrage betrachten 43 % der Unternehmen als Risiko, eine Abschwächung der Auslandsnachfrage nennen 19 %. Zudem verunsichern viele Unternehmer die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen: 47 % von ihnen sehen hierin ein Geschäftsrisiko. Als konkrete politische Belastungen nennen sie eine ausufernde Bürokratie, Handelskonflikte, den Brexit, die Diesel-Diskussion beziehungsweise die Wende zu E-Mobilität, eine verfehlte Wirtschaftspolitik zu Lasten der kleinen Unternehmen und eine zu hohe Steuerlast.

Aufgaben für die Zukunft

Damit Bayern auch künftig in der wirtschaftlichen Erfolgsspur bleibt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. In den folgenden neun zentralen Feldern besteht aus Sicht der bayerischen IHKs besonderer Handlungsbedarf:

Fachkräfte sichern

Ende 2018 fehlten der bayerischen Wirtschaft knapp 260.000 Fachkräfte, im Jahr 2030 werden es rund 450.000 sein. Der größte Mangel herrscht bei den technischen Berufen. Gleichzeitig wird die Digitalisierung in den Unternehmen zu starken Veränderungen

führen. Viele Berufsbilder werden sich wandeln, einige verschwinden, neue entstehen. Entsprechend verändern sich die Anforderungen an die Beschäftigten. Dem Mangel entgegenwirken lässt sich zunächst, indem brachliegende Fachkräftepotenziale gehoben werden: Zu viele Frauen arbeiten familienbedingt in Teilzeit. Hier braucht es flächendeckende und flexible Betreuungsstrukturen sowohl für Kinder bis zu zwölf Jahren als auch für pflegebedürftige Angehörige. Älteren Arbeitnehmern müssen Anreize gesetzt werden, etwa über Gesundheitsförderung und Weiterbildung, damit sie länger in den Betrieben bleiben. Auch Menschen mit Beeinträchtigungen sind ein unterschätztes Fachkräftepotenzial. Zudem benötigt die bayerische Wirtschaft ausländische Fachkräfte. Das neue Zuwanderungsgesetz ist hier ein richtiger Schritt und braucht eine pragmatische Umsetzung. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Anwerbung. Zugleich geht es bei der Fach-

Der FACHKRÄFTEMANGEL muss behoben werden.

kräftesicherung aber auch um eine Stärkung der digitalen Bildung ab den Kitas und Schulen und eine bedarfsgerechte digitale Qualifizierung.

Der Familienpakt Bayern, eine gemeinsame Initiative der Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft für

mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben, oder die aktuellen Bemühungen des Bayerischen Arbeitsministeriums für eine bessere Inklusion von Menschen mit Behinderung sind wertvolle Schritte, um Fachkräftepotenziale zu heben. Die IHK für München und Oberbayern informiert die Unternehmen zur Fachkräftesicherung, zeigt gute Beispiele auf und fördert den Austausch von Unternehmen. Künftig will die IHK Unternehmen noch stärker bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland unterstützen. Sie fühlt sich hierbei insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben verpflichtet.

Bezahlbare Energieversorgung gewährleisten

Die bayerische Wirtschaft unterstützt den Umbau der Energieversorgung hin zu regenerativen Energien. Zugleich sind die Versorgungssicherheit und die Stabilität der Stromnetze für sie von größter Bedeutung. Bereits kurzfristige Schwankungen können enorme Schäden verursachen und Produktions- und Logistikprozesse behindern. Im Zuge des Kernkraftausstiegs bis 2022 steuert Bayern jedoch auf eine immense Lücke bei der Stromerzeugung zu. Um die Energiesicherheit für die Unternehmen im Freistaat weiterhin zu gewährleisten, ist es nötig, den Ausbau gesicherter Kapazitäten zu beschleunigen, fristgerecht die erforderlichen Übertragungsnetze zu errichten, die Verteilnetze zu verstärken sowie das bayerische Stromnetz besser in den europäischen Energiebinnenmarkt einzubinden.

Ein zweiter wichtiger Aspekt: Im EU-Vergleich kostet der Industriestrom aufgrund von Steuern, Abgaben und Netzkosten in Deutschland am meisten. Durch den Kohleausstieg und den ver-

zögerten Netzausbau steigt der Preisdruck weiter. Das führt gerade in Bayern – als Grenzland – zu Wettbewerbsnachteilen. Die Wirtschaft spricht sich daher unter anderem für die Abschaffung der verteuerten Stromsteuer aus.

Weitere praxisorientierte Vorschläge der Wirtschaft: In Bayern besteht noch ein erhebliches Potenzial zur grundlastfähigen Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien. Ein Beispiel ist die Wasserkraft mit einem Anteil von aktuell 13 % an der Bruttostromerzeugung. Ein begrenzter Ausbau ist hier sinnvoll und sollte ermöglicht werden. Da sich die

**Eine bezahlbare und sichere
ENERGIEVERSORGUNG ist wichtig.**

Stromerzeugung in Deutschland durch die Energiewende von Süd nach Nord verschiebt, ist auch der Netzausbau unabdingbar. Mit einer Fertigstellung der Stromtrassen Süd-Ost- und SuedLink wird jedoch nicht vor 2025 gerechnet. Erfahrungsgemäß können sich solche umfassende Projekte noch weiter verzögern. Hier muss dringend auf den Zeitplan geachtet werden. Zudem muss die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Energieleitungsneubau erhöht werden. Des Weiteren gilt es, den europäischen Energiemarkt zu stärken. Sinnvoll wäre, die europäischen Marktregeln anzugleichen und die Fördersysteme zu harmonisieren. Nationale Alleingänge mit zusätzlichen Belastungen für die weltweit vernetzte bayerische Wirtschaft sind zu

unterlassen. Besser ist es, den Markt vollständig zu öffnen, denn das beseitigt ineffiziente Preisverzerrungen und schafft Verbrauchsanreize.

Steuerniveau vereinheitlichen

Der Steuerwettbewerb nimmt weltweit zu. International agierende Unternehmen finden in anderen Teilen der Welt zunehmend bessere steuerliche Bedingungen als in Deutschland. Die Steuerbelastungen der Wettbewerber betragen in vielen Staaten bereits unter 25 % der zu versteuernden Gewinne. In Deutschland liegt das Belastungsniveau hingegen sowohl für Personen- als auch für Kapitalgesellschaften einschließlich der Belastung durch die Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag in der Regel bei etwa 30 %, in Regionen mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesätzen bei deutlich über 30 %. Hinzu kommt: Die Erhöhungen sowohl bei den Hebesätzen der Gewerbe- und der Grundsteuer als auch bei der Grunderwerbsteuer belasten zunehmend die Unternehmen vor Ort und verschlechtern deren regionale Standortbedingungen. Letztlich geraten dadurch ganze Regionen im Standortwettbewerb ins Hintertreffen.

Die Ausgestaltung des Steuerrechts und die Höhe der Steuern sind wichtige Standortfaktoren für die Wirtschaft. Leitbild der Steuerpolitik sollte ein einfaches, bürokratiearmes und investitionsfreundliches Steuerrecht mit zielgenauen Bemessungsgrundlagen und wettbewerbsfähigen Steuersätzen sein. Dazu gehören aus Sicht der Wirtschaft insbesondere Rechtssicherheit und Planbarkeit der Steuerpolitik, eine steuerliche Entlastung des Mittelstandes, eine Entlastung beim Einkommensteuertarif gerade im Hinblick auf die vielen

Personenunternehmen, eine praxisgerechte Modernisierung und Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens, zeitnahe Betriebsprüfungen und kürzere Aufbewahrungsfristen sowie die steuerliche Förderung von Innovationen und Start-Ups.

Gewerbeflächen sichern

Bedarfsgerechte Gewerbe- und Industriegebiete in ausreichender Größe und Qualität werden knapper. Betriebe, die investieren und expandieren wollen, fühlen sich dadurch immer öfter ausgebremst. In der aktuellen Diskussion wird die Wirtschaft als vermeintlich Hauptverantwortlicher für die „Flächeninanspruchnahme“ dargestellt. Fakt ist jedoch, dass Gewerbe und Industrie sowie Handel und Dienstleistungen lediglich 1 % der Fläche im Freistaat nutzen. Das sind umgerechnet gut 70.000 Hektar und damit nicht mehr als die Fläche von Augsburg, München und Nürnberg. Insgesamt sind Gewerbe- und Industrieflächen sowie Handel und Dienstleistungen zwischen 2014 und

**Die Wirtschaft nimmt weitaus
weniger Fläche in Anspruch als
der WOHNUNGSBAU.**

2017 um weniger als die Hälfte gewachsen als die Wohnflächen mit 4.685 Hektar. Die bayerische Wirtschaft legt Wert darauf, dies richtigzustellen und die Diskussion damit zu versachlichen. Zugleich braucht sie aber auch neue Flä-

chen und vor allem Planungssicherheit. Die Einführung einer quantitativen Obergrenze für Flächenverbrauch pro Tag, wie sie Bayern derzeit diskutiert, wäre fatal.

Um was geht es der Wirtschaft vor allem? Neue Gewerbeflächen müssen vorgehalten werden und es braucht verbindliche Gewerbeflächenkonzepte, damit die Unternehmen Planungssicherheit haben. Verantwortlich für die Flächenplanung müssen die Kommunen bleiben. Sie müssen flexibel auf die Bedürfnisse der Unternehmen reagieren können – ohne staatlich verordnete Obergrenzen. Auch interkommunale Kooperationen können positiv auf die Entwicklung von Gewerbestandorten wirken. Diese müssen noch besser gefördert werden. Innenentwicklung und Nachverdichtung sind wichtige Faktoren, sie haben Vorrang. Sie stoßen aber da an Grenzen, wo zu große Nutzungskonflikte für die Betriebe mit den Anwohnern drohen. Die IHKs stehen hier gern als Mediatoren bereit, lässt sich keine Einigung erzielen, müssen die Belange der Bürger Vorrang haben.

Verkehrswege ausbauen und modernisieren

Ein Netz aus Straßen, Eisenbahnlinien, Luftverkehrsverbindungen und Wasserwegen bildet das Rückgrat einer erfolgreichen Wirtschaft. Nur so gelangen Pendler tagtäglich zu ihrem Arbeitsplatz, und nur so erreichen Waren „just in time“ im In- wie Ausland ihren Bestimmungsort. Doch die bayerischen Verkehrswege sind nicht in bester Verfassung. Zwar hat sich der bauliche Zustand der Straßenwege in den vergangenen zehn Jahren leicht verbessert, die Brückenbauwerke entlang der Staatsstraßen erhalten jedoch zunehmend

Die INFRASTRUKTUR muss ausgebaut und kontinuierlich gewartet werden.

schlechtere Zustandsnoten. Für die bayerische Wirtschaft ist es daher entscheidend, die Ausgaben für Straßen- und Bauwerkserhaltung dauerhaft auf ein stabiles Investitionsniveau zu heben, um den Substanzwert der Bauwerke zu sichern. Zugleich müssen die Planungskapazitäten in den Bauverwaltungen erhöht werden. Daneben bedarf es der Vereinfachung, Standardisierung und Integration von Verfahrensschritten, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen. Insbesondere müssen jedoch Lückenschluss-Projekte vorangetrieben werden, um das Verkehrsnetz zu vervollständigen und seine Funktionalität zu erhöhen. Dabei halten es die IHKs für unabdingbar, dem Flughafen München die dritte Startbahn zu genehmigen, den Luftverkehr als wichtigen Verkehrsträger generell zu stärken, die Schifffahrtsbedingungen auf dem Main und der Donau zu verbessern, den Schienenverkehr zu stärken, die bayerischen Bahnstrecken schnellstmöglich und nicht erst 2038 weiter zu elektrifizieren und insbesondere auch den Nordzulauf zum Brenner Basistunnel zügig zu realisieren.

Nachhaltige Mobilität ankurbeln

In einer arbeitsteiligen und flexiblen Wirtschaft müssen der Personen- und der Güterverkehr möglichst reibungslos funktionieren. Das Verkehrsnetz

ist dafür aber nur eine Grundlage. Während in Ballungsräumen wachsende Verkehrsströme Mobilität zunehmend einschränken, fehlen im ländlichen Raum oftmals Alternativen zum Individualverkehr. Gleichzeitig bereiten verkehrsbedingter Lärm und Luftverschmutzung Probleme.

Um für Bürger und Wirtschaft eine leistungsfähige wie nachhaltige Mobilität zu stärken, spricht sich die bayerische Wirtschaft zunächst dafür aus, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu optimieren. Derzeit investiert der Bund über das Gemeindefinanzierungsgesetz 333 Millionen in den ÖPNV. Aus Sicht der IHKs wären jedoch 500 Millionen Euro das Minimum. Zugleich sollte Bayern auf Landesebene zusätzliche Mittel bereitstellen. Ziel muss sein, bessere Beförderungskapazitäten, dichtere Takte und eine bessere multimodale Verknüpfung einzelner Verkehrsträger wie ÖPNV, Pkw, Lkw, Radverkehr oder Carsharing zu erreichen und mehr Umstiegsplätze und -möglichkeiten insbesondere für Pendler bereitzustellen.

Zugleich geht es aber bei nachhaltigem Verkehr um mehr als den ÖPNV. Auch neue Belieferungskonzepte für die Innenstädte wie Mikrodepots, von denen aus die Lieferung bis zur Haustür mit umweltfreundlichen Fahrzeugen wie etwa Pedelecs ermöglicht wird, die Förderung der Elektromobilität, der Ausbau der Ladestationen und eine bessere überregionale digitale Verkehrssteuerung führen zu einer Win-win-Situation für Unternehmen, Fachkräfte, Verkehr und Umwelt.

Digitale Infrastruktur stärken

Eine leistungsfähige IKT-Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die

digitalisierte Wirtschaft. Trotz der Fortschritte in den vergangenen Jahren haben in Bayern erst 74 % der Haushalte Übertragungsgeschwindigkeiten von mehr als 50 Mbit/s zur Verfügung. Dabei sind mindestens 50 Mbit/s notwendig, um Industrie-4.0-Lösungen, Cloud- und Streaming-Anwendungen wie eHealth, Smart Energy und digitale Verwaltungsprozesse zwischen Wirtschaft und Kommunen einzusetzen. Auch das Funknetz ist weiterhin lückenhaft. Nur 81 % des ländlichen Raumes in Bayern sind mit LTE-Technik abgedeckt. Dabei eignet sich das aktuelle 4G/LTE-Mobilfunknetz etwa für das „Internet der Dinge“ oder Auto-Auto-Kommunikation nur bedingt oder gar nicht.

Eine digitalisierte Wirtschaft braucht eine LEISTUNGSFÄHIGE IKT-Struktur.

Für die Wirtschaft in Bayern ist es entscheidend, dass der Breitbandausbau mehr als bisher auf den Unternehmensbedarf ausgerichtet wird und Gewerbegebiete und Gewerbemischgebiete prioritär ausgebaut werden. Gemäß dem aktuellen EU-Recht dürfen Gebiete, die bereits mit mehr als 30 Mbit/s versorgt sind, nicht gefördert werden. Diese Schwelle ist jedoch veraltet und entspricht den aktuellen Bedürfnissen überhaupt nicht mehr. Die EU-Kommission muss diese Schwelle deutlich anheben und kontinuierlich an die

technologische Entwicklung anpassen. Die Förderung des Breitbandausbaus muss langfristig sichergestellt sein. Mithilfe eines bayerischen Sonderfall-Fördertopfes sollten zudem Unternehmen, die ein Breitbandglasfasernetz bis auf das Firmengelände besonders teuer kommt, im Einzelfall anteilig unterstützt werden. Auch der eigenwirtschaftliche Breitbandausbau gemeinsam durch Kommunen, Bürger und Unternehmen sollte staatlich unterstützt werden. Stichwort Mobilfunk: Mit 5G steht eine erheblich verbesserte Technologie in den Startlöchern. Die Mobilfunknetzversorgung muss flächendeckend umgesetzt werden, das Flächenland Bayern muss die Einführung des 5G-Mobilfunkstandards aktiv mitgestalten.

Digitale Kompetenzen stetig ausbauen

Aktuell belegen Deutschland und Bayern bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich keine Spitzenplätze. Nur 7 % aller Betriebe halten die Digitalisierung in ihrem Unternehmen für „voll entwickelt“; 40 % sehen sich in der unteren Hälfte der Digitalisierungsskala. Dabei stellt die Digitalisierung nicht nur neue Anforderungen an die Infrastruktur, sie verändert auch Geschäftsmodelle, Arbeitsabläufe, die Zusammenarbeit und die Kommunikation in den Betrieben. Das wiederum erfordert von Mitarbeitern und Führungskräften, ihre Qualifikationen anzupassen. Digitale Kompetenzen bekommen einen immer höheren Stellenwert. Eine gute Bildung und lebenslanges Lernen werden noch stärker die Schlüssel sein, damit Wirtschaft und Gesellschaft die Digitalisierung bewältigen können.

Um auch langfristig den Bedarf der Unternehmen an qualifizierten Fachkräften zu sichern, sollte daher bereits in Kindertagesstätten, vor allem aber an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen die Vermittlung digitaler Kompetenzen ein wichtiger Bestandteil der pädagogischen Konzepte und Lehrpläne sein. An Schulen müssen insbesondere Informatikkenntnisse ausgebaut und in der Aus- und Weiterbildung umfassende Kompetenzen für selbstorganisiertes Arbeiten vermittelt werden. Um heterogenen Erwerbsverläufen und stark individualisierten Qualifikationsanforderungen besser entsprechen zu können, sollte es verstärkt modularisierte Bildungs- und Zertifizierungsangebote geben. Erziehende, Lehrende und Auszubildende sollten systematisch in digitaler Kompetenzvermittlung geschult werden, insbesondere zu Medien- und IT-Kompetenz. Staatliche Anreizsysteme können dazu beitragen, dass Arbeitnehmer an regel-

Der Erwerb DIGITALER Kompetenz wird immer wichtiger.

mäßigen Weiterbildungen teilnehmen. Unternehmen dürfen jedoch nicht in ihrer Flexibilität eingeschränkt werden. Ein gesetzlicher Freistellungsanspruch für Weiterbildungen ist daher abzulehnen. Zugleich gilt es – Stichwort lernende Unternehmen – die Betriebe selbst bei der Digitalisierung durch Fördermittel wie den Digitalbonus, Netzwerke oder Coachings zu unterstützen.

Umwelt- und Klimaschutz voranbringen

Unternehmerische Tätigkeit und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stehen grundsätzlich in einem Spannungsverhältnis. Die bayerischen Unternehmen orientieren sich jedoch am Leitbild der Nachhaltigkeit. Sichtbarer Ausdruck dafür ist der Umweltpakt Bayern, den die Wirtschaft 1995 erstmals mit der Staatsregierung schloss, und der seither immer um jeweils fünf Jahre verlängert wurde. Grundlage ist die gemeinsame Überzeugung, dass die natürlichen Lebensgrundlagen mit Hilfe einer freiwilligen und zuverlässigen Kooperation von Staat und Wirtschaft besser geschützt werden können als allein durch Gesetze und Verordnungen. Die meisten Gesetze zum Umwelt- und Klimaschutz entstehen derzeit auf EU-Ebene. Wichtig ist der Wirtschaft, dass die Umsetzung des EU-Rechts auf Bundes- und Landesebene nicht über eine Eins-zu-Eins-Umsetzung hinausgeht und Vorschriften die unternehmerische Tätigkeit somit nicht über Gebühr behindern. Stattdessen sollte freiwilliges Engagement honoriert werden.

Thema Kreislaufwirtschaft: Für Fortschritte sorgen hier besonders häufig kleine und mittlere Betriebe. Sie stehen dabei aber im Wettbewerb zu kommunalen Unternehmen. Hier müssen gleiche Rahmenbedingungen herrschen, zum Beispiel bei der Umsatzsteuerpflicht und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Unternehmensstandorte werden oft in historisch gewachsenen Gemengelagen erweitert. Dabei prallen die Interessen von Betrieben, Bewohnern und Natur aufeinander. Die Wirtschaft wünscht sich hier eine faire Interessenabwägung. So soll-

ten etwa Firmen bei einer Annäherung an den störfallrelevanten Sicherheitsabstand oder beim Überschreiten von Grenzwerten dennoch Genehmigungen und Änderungsgenehmigungen bekommen können, Spielräume im Naturschutz sollten genutzt werden.

Wirtschaft und Wachstum müssen NACHHALTIG gehandhabt werden.

Fazit

Bayerns Wirtschaft ist stark und damit sie es bleibt, braucht sie bestmögliche Rahmenbedingungen. Bei den ausgewählten neun Themenfeldern besteht umgehender Handlungsbedarf, um Bayern fit für die Zukunft zu machen. Wirtschaft und Politik sollten hier gemeinsam handeln, bestehende zielführende Ansätze fortsetzen und da, wo noch Lösungen fehlen, diese gemeinsam pragmatisch entwickeln. Zugleich braucht es den Dialog mit den Bürgern. Wirtschaft und Wachstum sind bei ihnen oft negativ besetzt, dabei sind Wirtschaft und Wachstum weder negativ noch positiv. Sie müssen nachhaltig sein. Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier plädiert dafür, dass die vom Volk gewählten Repräsentanten auf eine nachhaltige und dauerhafte Wahrung und Befriedigung der Gemeinwohlbelange hinwirken sollten und dass dies im Grundgesetz verankert wird. Für den Großteil der oftmals familiengeführten Unternehmen in Bayern ist ein solch verantwort-

liches nachhaltiges Wirtschaften und Wachsen durch die Tradition und das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns ohnehin seit jeher selbstverständlich. Mit diesem grundsätzlichen Anspruch und den entsprechenden Rahmenbedingungen wird Bayern weiterhin und auch im schwierigeren konjunkturellen Umfeld auf Erfolgskurs bleiben. ///



/// **DR. ROBERT W. OBERMEIER**
ist Chefvolkswirt der IHK für München
und Oberbayern.

/// Wachstumsbremse Fachkräftemangel

MITARBEITER DRINGEND GESUCHT ...

FRANZ XAVER PETERANDERL /// Die Auftragsbücher im Handwerk sind derzeit prall gefüllt, die Betriebe auf Wochen im Voraus ausgelastet. Gleichzeitig stellen aber Fachkräftemangel, überbordende Bürokratie, Belastung durch Steuern und Abgaben oder fehlende Gewerbeflächen die Unternehmen vor große Herausforderungen.

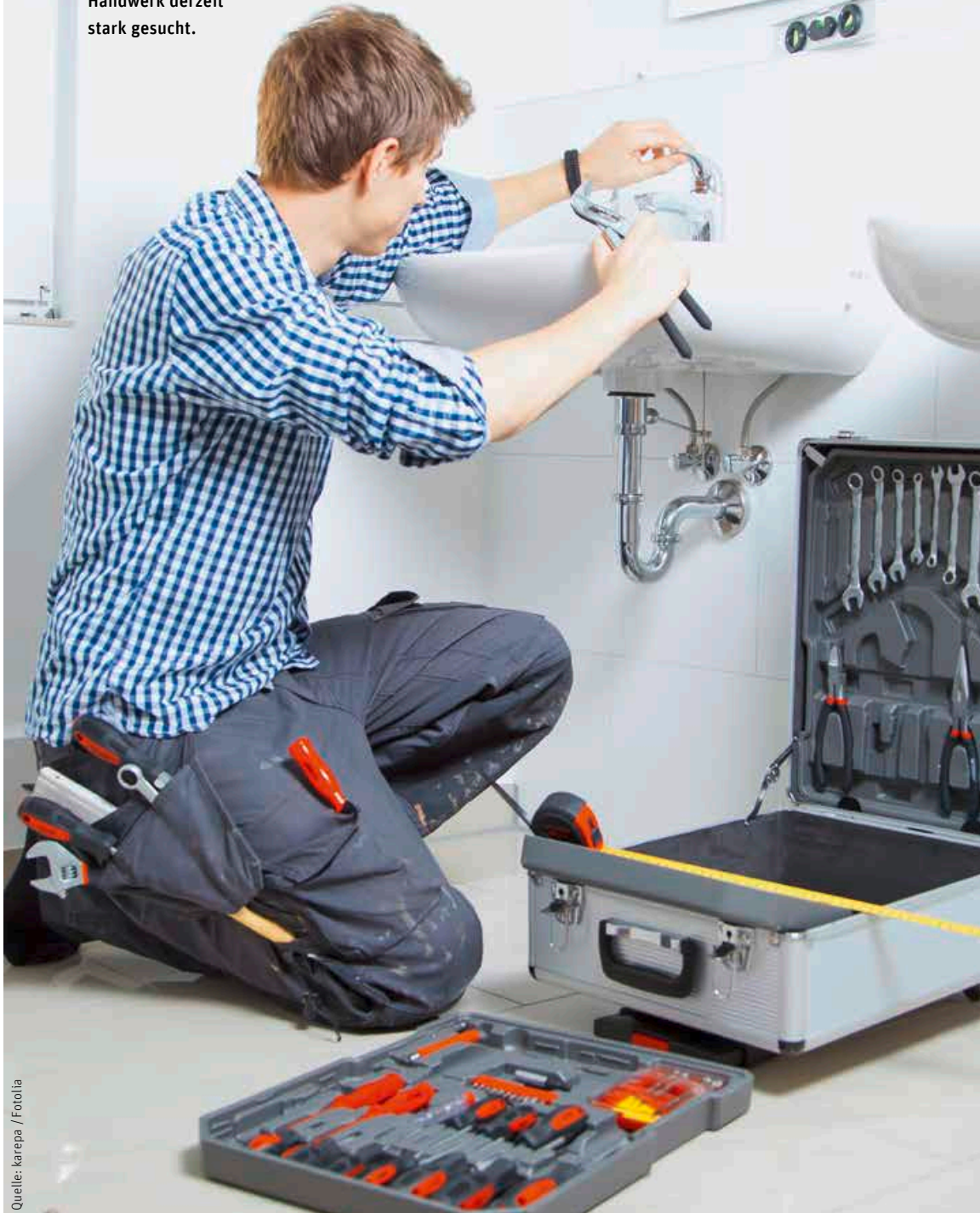
Hochstimmung in den Unternehmen

Während immer mehr Wirtschaftsbe-
reiche ihre Konjunkturprognosen sen-
ken, herrscht im Handwerk weiterhin
Hochstimmung: 2018 beurteilten
durchschnittlich 93 % der Betriebe ihre
Lage als gut oder befriedigend. Damit
wurde das Rekordniveau aus dem Jahr
1991 erreicht. Grund dafür ist u. a. die
starke Binnennachfrage, von der das
Handwerk maßgeblich profitiert. Von
den globalen Konjunkturrisiken lässt
sich unser Wirtschaftsbereich dagegen
kaum beeindrucken. Der Nachholbe-
darf an Wohnbauten und Investitions-
gütern ist groß, zudem müssen Brük-
cken, Schulen und Netze erneuert oder
zukunftstauglich gemacht werden.
Dank des florierenden Arbeitsmarkts
wächst auch die Konsumnachfrage soli-
de. Auch Einkommen und Renten neh-
men spürbar zu. Dies führte 2018 im
bayerischen Handwerk zu einer hohen

Auslastung und einem Beschäftigungs-
plus. Die durchschnittliche Betriebs-
auslastung von 82 % bewegte sich im
langfristigen Vergleich knapp unter
dem Maximalwert. Gleichzeitig stieg
die Beschäftigung um 0,7 %. Im Jahres-
mittel waren im vergangenen Jahr
940.000 Personen im bayerischen
Handwerk tätig. Das arbeitsreiche Jahr
schlug sich auch in deutlichen Umsatz-
zuwächsen nieder. Die Einnahmen klet-
terten um nominal 6,6 % auf 120,8 Mil-
liarden Euro. Nach Abzug der Preiseffekte
verblieb ein realer Zuwachs von
3,5%.

Das Handwerk **FLORIERT** derzeit auf
Rekordniveau.

Fachkräfte sind im Handwerk derzeit stark gesucht.



Quelle: karepa / Fotolia

Kosten steigen schneller

Flankiert wurde die sehr hohe Auslastung der Unternehmen von einer spürbaren Teuerung. Quer über alle Branchen hinweg betrug die Preissteigerung gut 3 %. Ein Grund hierfür ist auch der Fachkräftemangel. Betriebe müssen mehr Geld in die Mitarbeiterfindung stecken und höhere Gehälter zahlen. Die Kostenspirale dreht sich aber auch deshalb schneller, weil Rohstoffe und Energie in den vergangenen Jahren erheblich teurer wurden. Hinzu kommen der wachsende bürokratische Aufwand und die immer strengere Regulierung. Ob das bayerische Handwerk in diesem Jahr an Wachstumsgrenzen stößt, ist noch nicht absehbar. Zwar senkten 13 % der Handwerksbetriebe zum Jahreswechsel den Daumen: Sie erwarten 2019 schlechtere Geschäfte. Gleichzeitig rechnen aber auch 13 % mit einer Verbesserung ihrer Lage. Unseren Prognosen zufolge werden die Umsätze im Gesamtjahr 2019 um mindestens 4 % steigen. Die Beschäftigung dürfte mit plus 0,5 % erneut leicht zulegen.

Für eine Fortsetzung der guten Handwerkskonjunktur sprechen u. a. die beträchtlichen Auftragsreserven. Zum Jahreswechsel reichten sie immer noch für mehr als neun Wochen, Tendenz steigend. Trotzdem gibt es erste Sorgenfalten bei den Handwerkern. So könnte beispielsweise die schwächere globale Konjunktur die Maschinenbauer belasten. Auch das Baugewerbe dürfte es schwer haben, die aktuellen Umsätze noch zu toppen. Große Herausforderungen kommen auch auf das Kraftfahrzeuggewerbe zu. Die Automobilwirtschaft steckt im Umbruch, die Dieselkrise ist noch längst nicht überwunden.

Die **KOSTENSPIRALE** dreht sich schneller.

30.000 Fachkräfte fehlen

Die lange Auftragsreichweite spricht zwar für gesunde Unternehmen, macht aber gleichzeitig auch deutlich, dass die schwierige Versorgung mit Fachkräften zur größten Wachstumsbremse im Handwerk wird. Immer mehr Firmen können die Aufträge nicht zeitnah abarbeiten, weil ihnen schlichtweg die Leute fehlen. Nach unseren Schätzungen braucht das bayerische Handwerk aktuell mindestens 30.000 Fachkräfte. Die Ursachen für den Fachkräftemangel sind vielfältig. Zum einen wird der demographische Wandel immer stärker spürbar, aber auch der Trend zum Studium höhlt das Reservoir an Arbeitskräften für unseren Wirtschaftsbereich stetig aus. Um die Fachkräfteversorgung in Zukunft zu sichern, müssen die Potenziale im Inland ebenso genutzt werden wie die Chancen, die die Zuwanderung bietet. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat in seiner ersten Regierungserklärung ein Programm angekündigt mit dem Ziel, 100.000 zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen, v. a. unter Jugendlichen ohne Berufsausbildung, Langzeitarbeitslosen, Älteren und Behinderten. Entscheidend wird hierbei sein, wie groß das Reservoir wirklich ist und wie schnell verfügbar die Menschen sind.

Wettbewerb um Berufsnachwuchs

Die Handwerksorganisationen unternehmen große Anstrengungen, um die

Betriebe bei der Gewinnung von Fachkräften zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht dabei der Wettbewerb um den Berufsnachwuchs. In Deutschland gibt es die Imagekampagne des deutschen Handwerks. Auf bayerischer Ebene läuft seit mehreren Jahren die erfolgreiche Aktion „Macher gesucht!“. Außerdem gibt es im Freistaat die Kampagne „Elternstolz“ des Wirtschaftsministeriums sowie der bayerischen Handwerkskammern und der IHKs, mit der die Eltern über die Bedeutung einer dualen Berufsausbildung und die hervorragenden beruflichen Perspektiven im Anschluss informiert werden. Außerdem versuchen wir, mit Lehrstellen-Apps und in sozialen Netzwerken bei Jugendlichen zu punkten.

Chancen für Flüchtlinge

Einen wachsenden Teil der Auszubildenden machen Flüchtlinge aus. Fast 8 % der Neuabschlüsse entfielen im letzten Jahr auf junge Menschen mit Fluchthintergrund. Ende 2018 wurden im bayerischen Handwerk über 3.900 Lehrlinge aus Fluchtstaaten ausgebildet. Das große Engagement bei der Integration von Flüchtlingen zeigt, dass das Handwerk nicht nur leistungsstarken Jugendlichen eine Chance gibt, sondern auch solchen eine Perspektive bietet, bei denen die Ausbildung mit einem erhöhten Aufwand verbunden ist. Die von der Bundesregierung geplante Mindestausbildungsvergütung geht daher in die völlig falsche Richtung. Sie gefährdet nicht nur die Ausbildungsbereitschaft in manchen Handwerksbranchen, sie erschwert v. a. leistungsschwächeren Jugendlichen, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen. Grundsätzlich gilt: Die Ausbildungsvergütung ist kein Lohn für eine Leistung, sondern eine

Unterstützung zum Lebensunterhalt, die der Auszubildende auch während der Zeit in der Berufsschule erhält. Die Festsetzung der Vergütung sollte weiterhin Aufgabe der Tarifpartner sein.

Die Zahl der **FLÜCHTLINGE** unter den Auszubildenden nimmt zu.

Meister genauso fördern wie Master

Statt Stolpersteinen erwarten wir von der Politik Rückenwind für die berufliche Bildung. In der Vergangenheit gab es bereits einige Fortschritte: Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen wurde deutlich verbessert. Gesellen mit dreijähriger Berufserfahrung erhalten nun in Bayern die fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung. Meister können sogar uneingeschränkt studieren. Und auch die finanzielle Förderung wurde verbessert. Der 2013 in Bayern eingeführte Meisterbonus, den jeder erfolgreiche Absolvent der beruflichen Weiterbildung zum Meister oder eines gleichwertigen Abschlusses erhält, wurde zum 1. Juni 2019 von 1.500 auf 2.000 Euro erhöht. Das ist erfreulich. Letztendlich muss aber das Ziel sein, die berufliche Bildung genauso intensiv zu fördern wie die akademische Bildung.

Ganz besonders wichtig ist, dass an allen Schularten eine umfassende Berufsorientierung durchgeführt wird. Das Handwerk ist ein äußerst vielseitiger Wirtschaftsbereich mit rund 130 verschiedenen Ausbildungsberufen. In

jedem wird man zielgerichtet darauf vorbereitet, nach bestandener Gesellenprüfung sofort als vollwertige Fachkraft zu arbeiten. Das kann längst nicht jeder fertige Akademiker von sich behaupten. Nach der Ausbildung können sich Handwerker beispielsweise zum Meister fortbilden. Mit dieser Qualifikation kann man selbst einen Betrieb gründen oder einen bereits bestehenden übernehmen. Allein im bayerischen Handwerk stellt sich für 21.000 Unternehmen in den nächsten fünf Jahren die Frage, wer die Firma in Zukunft führt.

Deutschland muss Steuern senken

Zwar ist der Fachkräftemangel momentan die größte Baustelle für unseren Wirtschaftsbereich, doch auch an anderen Stellen müssen sich die Standortbedingungen in Deutschland verbessern. Ein ganz wichtiger Bereich ist dabei die Steuerpolitik. International hat der Steuerwettbewerb längst Fahrt aufgenommen. Hier müsste Deutschland handeln und Bürger und Unternehmen entlasten anstatt die derzeit noch üppigen Einnahmen in einer Vielzahl von sozialpolitischen Projekten zu verbrauchen. Seit der Unternehmenssteuerreform 2008 gab es in Deutschland keine nennenswerte Reform mehr. Notwendig wären deutliche Eingriffe am Tarif der Einkommensteuer. Die kalte Progression müsste endlich dauerhaft entschärft und der sogenannte „Mittelstandsbauch“ begradigt werden. Der Solidaritätszuschlag sollte nach dem Auslaufen des Solidarpakts 2019 vollständig abgeschafft werden, da die zweckentsprechende Verwendung bereits aufgegeben wurde. Bei der Grundsteuer erfordert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Einheitsbewer-

tung eine Neuregelung bis spätestens Ende 2019. Das Handwerk hat hier eine klare Haltung: Die Neuregelung muss aufkommensneutral bleiben. Den Handwerksbetrieben darf keine höhere Gesamtsteuerbelastung entstehen. Der bürokratische Aufwand muss sich in Grenzen halten, die Grundsteuer eine Objektsteuer bleiben.

Bürger und Unternehmen brauchen eine **STEUERENTLASTUNG**.

Bürokratie für kleine und mittlere Betriebe runterfahren

Erheblicher Handlungsbedarf besteht auch bei der Energiepolitik. Es fehlt eine Perspektive, wie man vor allem die Kostenentwicklung in den Griff bekommen will. Die EEG-Umlage und andere Energiezusatzkosten wie Netzentgelte drohen für Handwerksbetriebe und Verbraucher zu einer untragbaren Belastung zu werden. Positiv ist, dass die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung endlich in Angriff genommen werden soll. Wir erwarten, dass dies auch im notwendigen Umfang geschieht. Ein Thema, bei dem das bayerische Handwerk ebenfalls in engem Austausch mit der Politik steht, ist der Bürokratieabbau. Ministerpräsident Söder hat sogenannte „Fast Lanes“ angekündigt, die schnellere Unternehmensgründungen erlauben. Außerdem sollen Statistikpflichten ausgesetzt und zur vierteljährlichen Umsatzsteuervoranmeldung zurückgeführt werden.

Dies begrüßt das bayerische Handwerk grundsätzlich. Dass die Regelungen der Handwerksordnung bei Unternehmensgründungen vollständig eingehalten werden, versteht sich jedoch von selbst. Um konkrete Entlastungen für unsere Betriebe zu erreichen, hat das bayerische Handwerk eine umfangreiche Liste mit Vorschlägen zum Bürokratieabbau erarbeitet und in die Politik eingebracht.

Harte Konkurrenz um Flächen

Dem vielfältigen Flächenbedarf im Freistaat gerecht zu werden, stellt Bayern vor große Herausforderungen. Die Bevölkerungszahl nimmt zu, es werden dringend Wohnungen gebraucht und die Wirtschaft benötigt Gewerbeflächen. Gleichzeitig muss die Attraktivität der Landschaft erhalten bleiben. Vor diesem Hintergrund drohen gerade kleine und mittlere Unternehmen zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Interessengruppen zerrieben zu werden. Wohnbebauung, strengere Auflagen zu Emissionen jeglicher Art sowie eine steigende Sensibilität der Bevölkerung führen zu einer immer stärkeren Verdrängung von Handwerksbetrieben aus ihren angestammten Quartieren. Die schärfere Konkurrenz um Flächen schlägt sich auch in steigenden Bodenpreisen nieder. Handwerksbetriebe, die bei Neugründungen, Betriebserweiterungen oder -verlagerungen dringend Flächen benötigen, kommen immer seltener zum Zug. Erschwerend kommt hinzu, dass wegen der hohen Mieten und Immobilienpreise in den Ballungszentren immer mehr Menschen in die Region ziehen, mit der Folge, dass die Verkehrsströme stetig steigen. Für Handwerksunternehmen, die immer länger für ihre Kundenfahrten benöti-

gen, wird es zunehmend schwieriger, die Fahrtkosten in einem angemessenen Umfang umzulegen.

Vernünftiges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten

Das Handwerk plädiert daher erneut für eine Nutzungsmischung. Durch ein vernünftiges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten werden nicht nur Verkehrsströme reduziert, sondern auch eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung gewährleistet. Die Lockerung des Anbindegebots im Landesentwicklungsprogramm (LEP) sieht das

Es entsteht ein zunehmender WETTBEWERB um Flächen.

bayerische Handwerk weiterhin kritisch. Diese führt letztendlich zu einer weiteren Ansiedlung von Handels- und Flachmarktzentren. Durch überdimensionierte Einzelhandelsgroßprojekte auf der grünen Wiese wird eine extensive Flächennutzung begünstigt. Dies geht auch zu Lasten der Ortskerne. Deshalb muss die Lockerung des Anbindegebots noch einmal auf den Prüfstand. Das bayerische Handwerk unterstützt zwar einen sparsameren und effizienteren Umgang mit Flächenressourcen. Wir sind aber auch der Meinung, dass es in Bayern keine starre Grenze beim Flächenverbrauch geben kann. Es muss stets eine Berücksichtigung der aktuellen Gegebenheiten vor Ort möglich sein. ///



Foto: Michael Schuhmann

FRANZ XAVER PETERANDERL
ist Präsident des Bayerischen
Handwerkstages (BHT), München.

/// Wie tickt die Münchner Investoren-Szene?

GRÜNDERZEITEN

HELEN DURAN /// 2018 war ein Rekordjahr für Venture Capital (VC)-Investments in deutsche Start-Ups, und auch Münchner Start-Ups haben ein großes Stück vom Kuchen abbekommen. Höchste Zeit also, die Münchner Investoren-Szene mit ihren VCs und Business Angels näher zu beleuchten. Gründer, die am Anfang stehen oder neu in München sind, erhalten hier einen Überblick.*

In Bayern konnten 2018 mehr als 200 Unternehmen Beteiligungskapital in Höhe von 1,4 Milliarden Euro einwerben, so die Zahlen des Bundesverbands deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Vorreiter bezüglich der Anzahl der finanzierten Unternehmen bleibt Bayern mit über 230 Unternehmen. Auch eine Studie der Beraterfirma EY sieht München unter den Top-

Standorten, um Wagniskapital einzuwerben.

Die erste Frage, die zum Thema „Münchner Investoren-Szene“ aufkommt, lautet also: Müssen VC-Firmen und Business Angels in München wirklich verortet sein, damit das hiesige Ökosystem davon profitiert? Die Antwort lautet: Nein, natürlich nicht. Denn starke Start-Ups finden immer interessierte Investoren. Barbod Namini, Partner bei Holtzbrinck Ventures, sagt hierzu: „Professional investors take the city more than serious and strong entrepreneurs have consistently been able to attract both local as well as international top tier investors.“

Und auch die Zahlen des High-Tech-Gründerfonds (HTGF) für Bayern und



Durchstarten ... in der Münchner Gründerszene bewegt sich was.

München zeigen: Ein Investor muss nicht in München seinen Sitz haben, um die hiesigen Start-Ups spannend zu finden. So wurde in das bayerische HTGF-Portfolio bislang eine Summe von 617 Millionen Euro in insgesamt 92 Unternehmen mit Sitz in der Landeshauptstadt investiert (wobei das auch Gelder umfassen kann, die andere Geldgeber, wie zum Beispiel Bayern Kapital investiert haben). Eine Anhäufung von Kapitalgebern vor Ort ist für ein Start-Up also nicht zwingend notwendig, hilfreich ist es jedoch allemal. Gabriele Böhmer, Redaktionsleiterin bei Munich Startup sagt: „Ein gut funktionierendes Ökosystem weist neben einer engen Vernetzung von Start-Ups, Corporates, Politik, Talenten, Forschung, Know-how-

Gebern und vielen anderen Playern gleichfalls die Vernetzung mit Investoren auf.“

Die Münchner Investoren-Szene

Wie schaut die Investoren-Szene in München nun aus? In München und seinem Umland sind auf der Munich Startup Map aktuell über 40 Einträge mit dem Label „Investor“ gelistet. Von A wie Acton Capital Partners bis X wie X Ange. Darunter fallen größere VCs wie Acton, Holtzbrinck oder Target, die hier ihren Hauptsitz haben, oder die Investmentfirma von Carsten Maschmeyer, Alstin. Dann gibt es Unternehmen wie Speedinvest aus Österreich, Ventech aus Frankreich oder Earlybird, die in München mit einer Zweigstelle vertreten

MÜNCHEN ist ein Top-Standort für Unternehmensgründung.

sind. Weitere VCs wie Kurma Partners aus Frankreich, Occident aus der Schweiz oder das Investorennetzwerk Prime Crowd eröffneten erst kürzlich eigene Büros in München.

Ebenfalls gut ausgestattet ist München mit Investoren, die einen Spezialfokus haben. Darunter fallen beispielsweise Ananda Ventures und BonVenture, die sich auf Sozialunternehmen fokussieren, oder AM Ventures für 3D-Druckrelevante Unternehmen. Eine weitere Besonderheit sind die hier ansässigen Investment-Firmen der Großunternehmen wie BWM i Ventures, die Fluxunit von Osram oder SevenVentures, der Investment-Arm der Mediengruppe ProSiebenSat.1. Hinzu kommen die unzähligen Business Angels, die meist je nach eigenem Background in unterschiedlichste Branchen und Technologien investieren. Die genaue Zahl der in München ansässigen Angels wird jedoch vermutlich ein Geheimnis bleiben.

Sebastian Wossagk, Managing Part-

Die Münchner Investorenszene fokussiert sich auch auf SPEZIALGEBIETE.

ner beim internationalen Wagniskapitalgeber Acton, schätzt die hiesige Szene so ein: „Naturgemäß geht der Blick in Sachen Start-Ups und VC in Deutschland immer erstmal nach Berlin. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Hauptstadt und ihre Akteure etwas lauter und etwas bunter auftreten. Dass die

hiesigen Investoren deshalb unterschätzt werden, glaube ich allerdings nicht.“ Für ihn ist München außerdem eines der wichtigsten Tech-Hubs Europas. Die Nähe zur Industrie und renommierten Unis wie TU und LMU sichert ein hohes Ausbildungsniveau und bringt viele junge, motivierte Gründer hervor, so der Investor. Er erklärt weiter: „Zudem sitzen hier einige der erfahrensten VCs in Deutschland. Gründer erkennen das schnell und sehen sich sehr bewusst auch in München nach Kapital um. Aus unserer Sicht bietet der Standort entscheidende Vorteile – zum Beispiel schadet etwas Abstand zur Hauptstadt manchmal nicht für die Unterscheidung zwischen Substanz und Hype.“

Orientierung durch Finanzierungsnetzwerke

Besonders hilfreich sind Finanzierungsnetzwerke, die eine Vermittlerposition einnehmen. Der bekannteste hiesige Akteur in diesem Bereich ist Baystartup, denn deren Netzwerk umfasst rund 300 private und über 100 institutionelle Investoren. Im Geschäftsjahr 2018 vermittelte Baystartup 62,7 Millionen Euro Gründungs- und Wachstumskapital in insgesamt 50 Finanzierungsrunden. Im vergangenen Jahr konnte das Netzwerk außerdem rund 40 neue Business Angels aufnehmen.

Eine ebenfalls hilfreiche Anlaufstelle ist Munich Network, das Start-Ups nicht nur mit Mittelstand und Industrie, sondern auch mit Investoren vernetzt. Darüber hinaus bringt der Alphazirkel Start-Ups mit seinem mittelständischen Netzwerk zusammen – in der Reihe der rund 5.000 Familienunternehmen sind auch Geldgeber. Außerdem gibt es verschiedene Netzwerke mit Branchenfokus. Die Bioangels haben ein Matchma-

kingformat speziell für den Bereich Life Sciences und Healthtech, das ESA Business Incubation Center wiederum hat gute Kontakte zu Kapitalgebern im Bereich Luft- und Raumfahrt. Darüber hinaus gibt es auch einige kleinere Vermittler.

Auch erwähnenswert sind an dieser Stelle die staatlichen Förderprogramme für Start-Ups. Zusätzlich lohnt sich ein Gespräch mit Bayern Kapital, die als Venture-Capital-Gesellschaft des Freistaats Bayern innovative Hightech-Unternehmen in Bayern mit Beteiligungskapital unterstützen. Bayern Kapital ist eine Tochtergesellschaft der LfA Förderbank Bayern und bietet gemeinsam mit dem High-Tech-Gründerfonds Beratungstage an. Die Termine hierfür werden koordiniert über Baystartup. Außerdem ist die Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG) als wichtiger Player zu nennen, denn immerhin hat sie nach eigenen Angaben in rund 30 % aller hiesigen Start-Ups investiert.

Der Freistaat unterstützt mit BAYERN KAPITAL innovative Hightech-Unternehmen.

Business Angels in München

Gerade in diesem Bereich versucht das Business Angels Netzwerk Deutschland, kurz BAND, überregional für mehr Transparenz, Austausch und Kooperation zu sorgen. Die „MunichAngels“ wiederum sind ein Investorenkreis von Münchner Business Angels, die im

Rahmen regelmäßig stattfindender Abendessen Start-Ups aus verschiedensten Bereichen zum Pitch einladen. Zusätzlich gibt es Listen wie die des Angel List Blogs. Die Webseite versucht, einen regionalen Überblick zu geben (dies erreicht der Blog aber nur begrenzt realistisch).

Aus dem Nähkästchen plaudert Business Angel Florian Huber. Er erzählt, dass er vor vielen Jahren als Gründer von United Domains und Neubau Kompass auf Kapitalsuche war und damals die Kontaktdaten der wenigen aktiven Business Angels unter der Hand weitergegeben wurden. Eine Start-Up-Community gab es seinerzeit nicht. Das zumindest hat sich in den letzten Jahren erfreulicherweise gewandelt. Für Huber ist München nach Berlin die dynamischste Start-Up-Location in Deutschland mit mittlerweile einer Vielzahl an aktiven Business Angels und VCs. Die Frage nach der Transparenz stellt sich jedoch laut Florian Huber, der 2018 zum „Business Angel des Jahres“ gewählt wurde, weiterhin: „Der Markt der Start-Up-Finanzierung – gerade in der Seed-Phase – ist sehr intransparent: Investoren und Startups finden meist über persönliche Netzwerke zusammen.“

Auch für Business Angels wäre weniger Black Box und mehr Transparenz wichtig. Daher hat Huber einiges getan, um die Situation aus seiner Sicht zu verbessern. Er erklärt: „Als einer der wenigen Angels in Deutschland liste ich meine eigenen Investments – einschließlich Exits und Failures – transparent auf meiner Website. Zudem habe ich mit www.chain.de ein Verzeichnis aller deutschen Blockchain-Startups und Blockchain-Investoren aufgebaut, um so für mehr Markttransparenz zu sorgen.“

Ein erster Schritt, der – würden mehr Angels dem Beispiel folgen – mehr Durchblick bringen könnte.

Gegen die Intransparenz

Insgesamt ist das Thema Finanzierung für alle Beteiligten undurchsichtig. Denn so unklar es oftmals für Start-Ups ist, wer aus der Investoren-Szene gerade auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten ist, genauso wenig ruft ein Start-Up in die Welt hinaus, dass es dringend Geld benötigt. Daher sollten Start-Ups von Anfang an Zeit in gute Investorenbeziehungen stecken. Angefangen beim Kennenlernen der Gepflogenheiten der Branche, über das Pflegen von bestehenden Kontakten zu passenden VC-Gebern bis hin zum Wissen um den Ablauf von Finanzierungsrunden. Der Erstkontakt geschieht hier beispielsweise über den Besuch der richtigen Veranstaltungen oder bei Pitches.

Start-Ups sollten ihre Investorenbeziehungen gut VORBEREITEN und pflegen.

Münchner Events mit einer hohen Investorendichte

Speziell für München und Start-Ups mit Finanzierungsbedarf wollen wir einige Events mit unschlagbar hoher Kapitalgeberdichte hervorheben. Der Cashwalk ist ein halbjährlich stattfindendes Event, organisiert vom LMU EC. Wer als Start-Up auf der Suche nach Finanzierung und Investoren ist, sollte sich dieses

Pitch-Event nicht entgehen lassen. Ebenfalls spannend ist das Munich Investment Forum, das von Fraunhofer Venture sowie LMU EC, SCE und UnternehmerTUM organisiert wird und einmal jährlich stattfindet. Und wer regelmäßig in Kontakt mit VCs treten möchte, für den sind vielleicht die Stammtische des „Venture Capital Club“ etwas. Hier können sich auch Nicht-Mitglieder anmelden.

Gold wert: Ein persönliches Intro zu einem VC

Auch für Barbod Namini von Holtzbrinck Ventures ist es wichtig, starke Start-Ups möglichst früh kennenzulernen. Dabei helfen ihm neben datengesteuertem Sourcing unter anderem die vielen Konferenzen und Tech-Meetups, die sich über die letzten Jahre in ganz Europa etabliert haben. Hinweise aus dem eigenen Netzwerk sind für ihn jedoch weiterhin die allerwichtigste Quelle, wie für alle anderen Investoren wohl auch.

Daher erweisen sich für Start-Ups persönliche Intros zu einem VC als der beste Weg zum (Finanzierungs-)Erfolg. Die Intros können über befreundete Start-Ups erfolgen. Wesentlich hilfreicher jedoch sind persönliche Kontakte über Acceleratoren oder die Teilnahme an Pitches und Wettbewerben wie dem Münchner-Businessplan-Wettbewerb. Blindanfragen bei Investoren sollte ein Jungunternehmen vermeiden, so Carsten Rudolph, Geschäftsführer von Baystartup: „Ich kann keinem Start-Up empfehlen, sich blind an irgendeinen VC zu wenden. Die Szene lebt sehr stark von persönlichen Referenzen. Versucht also über eine persönliche Empfehlung an die VCs ranzukommen! Das sollte der Vorzugsweg für ein Start-Up sein.“

Transparenz in allen Belangen?

Rudolph rät außerdem jedem Unternehmen, gut abzuwägen, zu wem es das Vertrauen entwickelt, Finanzierungsfragen oder Details über die Geschäftsidee zu diskutieren. Auch Boris Hardi, Gründer von Capmatcher und Business Angel, benennt diesen Aspekt ganz klar: „Transparenz im Fundraising ist nur dann gut, wenn man als Start-Up Kontrolle darüber hat, an wen welche Informationen weitergegeben werden.“ Für den allgemeinen Austausch der Akteure untereinander ist Transparenz jedoch wichtig, findet auch Hardi: „Wenn es um die Branche und die Community geht, ist Transparenz sicher gut und wichtig. Start-Ups können sich austauschen und auch mal informell mit VCs und Business Angels treffen.“

In FINANZIERUNGSFRAGEN und bei Geschäftsideen sollten Start-Ups nicht zu transparent auftreten.

Durchblick verschaffen und einen Überblick über die hiesige Investoren-Szene geben. Das versucht auch dieser Artikel, der als Einstieg ins Thema dienen soll. Wer tiefer eintauchen will, findet auf der Munich Startup Map eine Übersicht über die eingetragenen Investoren (auch als Liste). In unseren vielen Interviews geben Investoren wie Munich Venture Partners, Senovo oder Tiburon bereitwillig Einblicke in ihre Arbeitsweise und erzählen, was ihnen

wichtig ist, wie Verhandlungen ablaufen und auf welchen Events sie anzutreffen sind. ///



/// HELEN DURAN

ist Redakteurin bei Munich Startup, München.

Anmerkung

*Der Artikel ist die leicht überarbeitete Fassung einer Version, die online auf der Homepage von Munich Startup erschienen ist.

/// Freiheit und fairer Wettbewerb im digitalen Binnenmarkt

DIE EU ALS ANWALT DES VERBRAUCHERS

FLORIAN HERRMANN /// Im 30. Geburtsjahr des World Wide Web sind Daten, die Apps und Browser über ihre Nutzer sammeln, zum Gold des digitalen Zeitalters geworden. Der globale Datenkapitalismus bereitet in Deutschland und Europa aber vielen Sorge um die Zukunft fairen Wettbewerbs, den Schutz der Privatsphäre und den Fortbestand unserer Demokratie.

Im Kampf um eine faire digitale Zukunft: die EU gegen die Internet-Giganten

BigTech-Firmen wie Alphabet (Google), Apple, Amazon, Facebook und Microsoft stehen wegen ihrer Dominanz, möglicher Wettbewerbsverzerrungen, riesiger Gewinne bei mageren Steuerzahlungen, ihrer Meinungsmacht und destabilisierender politischer Effekte weltweit in der Kritik. Wie gut, dass diesen globalen Internet-Giganten mit der Europäischen Union ein ernst zu nehmender Gegenspieler erwächst. Ohne digitalen EU-Binnenmarkt gerät die Soziale Marktwirtschaft auf das Abstellgleis. Nur durch kluge Regulierung auf europäischer Ebene erhalten wir unser auf Interessenausgleich zielendes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und ermöglichen zugleich digitale Chancen für alle. Denn nur die Europäische Union hat als größter Wirtschaftsraum der

Welt den nötigen Einfluss, um die digitale Zukunft mitzugestalten. Die großen Technologiefirmen erzielen ein Viertel ihres Umsatzes in der EU. Die Standards, die wir im Wettbewerbs-, Urheberrechts- und Datenschutz setzen, werden andernorts kopiert oder zumindest respektiert. Das gilt inzwischen auch für das Silicon Valley. Wenn der britische Economist titelt „Warum BigTech Europa fürchten sollte“ und den „europäischen Ansatz“ zu einer verbraucher-

Die EU als größter Wirtschaftsraum muss auf die globale digitale Entwicklung regulierend EINFLUSS nehmen.



Wem gehört das Netz mit all den Daten? Wie kann ich als Nutzer hier die Oberhoheit bewahren? Gegen den globalen Datenkapitalismus braucht es ganz klare Regeln.

freundlichen Regulierung lobt, sagt das viel über die Wirkungsmacht europäischer Wettbewerbs-, Digital- und Verbraucherschutzpolitik aus.

Die Digitalpolitik der EU: für den Verbraucher

Wo die USA im Interesse von „Big Tech“ zögern, da handelt Europa. Die EU steht für eine Digitalpolitik, die den Nutzern die Kontrolle über ihre Daten und dem Staat die Möglichkeit zu einer fairen Besteuerung damit erzielter Gewinne geben will. Europa arbeitet an einem zeitgemäßen proaktiven Wettbewerbsrecht, um der Konsum- und Meinungsmacht neuer Daten-Monopole zu begegnen.

Vieles ist noch in der Diskussion. Aber die EU liefert Antworten auf die digitalen Zukunftsfragen: Was heißt Soziale Marktwirtschaft in der modernen Datenökonomie und wem sollen die Daten gehören? Nur der supranationale Rechtsrahmen der EU kann unsere Werte und Eigentumsrechte in der digitalen Welt sichern.

Gilt das auch für die scharf kritisierte EU-Urheberrechtsreform? Sie schafft eben kein neues Urheberrecht, sondern die Grundlage dafür, bestehendes Recht wie in der analogen Welt auch im digitalen Raum gegen globale Internet-Riesen durchzusetzen. Sie schützt die Rechte von oft frei arbeitenden, auf Vergütung

ihrer Rechte angewiesenen Medienschaffenden. Ohne faire Vergütung von denjenigen, die mit ihren Inhalten auch zum Erfolg des Internets beitragen, ist eine vielfältige, pluralistische Medienordnung nicht aufrechtzuerhalten. Im Interesse der Meinungsvielfalt und Demokratie müssen wir die großen Internet-Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen. Einen wirksamen Schutz geistigen Eigentums kann es dabei auch ohne Upload-Filter geben. Mit Lizenzvereinbarungen wollen wir in Deutschland die aufgerissenen Gräben zwischen Kreativen und der Netz-Community wieder schließen und das Urheberrecht auf eine Weise durchsetzen, die niemanden unangemessen in seiner Freiheit beschränkt.

Freiheit und Wettbewerb bleiben die zentralen europäischen Werte, die Innovation, Wohlstand und Konsumentenrechte schützen. Fairer Wettbewerb im Digitalen Binnenmarkt ist unabdingbar, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft erhalten wollen. Es ist deshalb richtig, dass die EU konsequent und mit hohen Strafen gegen Verstöße, z.B. von Google, Facebook oder Amazon vorgeht, wenn Marktmacht missbraucht wird. Monopolisierungstendenzen in der Informationsökonomie entgegenzutreten, wird die zentrale Aufgabe der EU der nächsten Jahre sein. Um der Monopolbildung disruptiver globaler Plattform-Unternehmen und dem Siegeszug einer „The winner takes it all“-Ökonomie vorzubeugen, muss das Wettbewerbsrecht weiterentwickelt werden. Alle Unternehmen brauchen fairen Marktzugang, über den die globalen Plattformen als mächtige Gatekeeper derzeit bestimmen und damit die Bedingungen für Inhalteanbieter und Nutzer diktieren können.

Eine weitere Zukunftsaufgabe bleibt auch der Schutz der Privatsphäre, der für uns Europäer nicht nur aus leidvoller historischer Erfahrung einen besonderen Stellenwert hat. Das Recht auf Vergessenwerden und die EU-Datenschutzgrundverordnung sind Meilensteine auf dem Weg zu einer Digitalwirtschaft, die Rechte der Kunden ohne Wenn und Aber respektiert. Inzwischen orientiert sich auch der Silicon Valley-Bundesstaat Kalifornien an der EU-Datenschutzgrundverordnung und sogar Facebook und Apple fordern globale Datenschutzregeln. Die Konzerne spüren und fürchten das wachsende Unbehagen ihrer Nutzer. Niemand will sein Leben als Timeline einem sozialen Netzwerk überschreiben.

**Ein fairer Marktzugang
braucht ein entsprechendes
WETTBEWERBSRECHT.**

Genau davor schützt uns ein klug regulierter digitaler EU-Binnenmarkt. Er ist zugleich auch Voraussetzung für das Entstehen eines europaweiten digitalen Ökosystems für innovative digitale Geschäftsmodelle. Wir wollen mehr europäische Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Förderung von Start-Ups sowie die Entwicklung einer sicheren und leistungsfähigen EU-Cloud. Hier sollte die neue EU-Kommission neue Dynamik entfachen. Anders werden wir uns im Wettbewerb mit den USA und China auf Dauer nicht

behaupten können. Ob analog oder digital: Nur ein starkes Europa, das Märkte intelligent reguliert, sichert unsere Handlungsfähigkeit und erhält unsere Souveränität. ///



/// DR. FLORIAN HERRMANN, MDL
ist Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, München.

/// Anerkennung für Leistung in einem langen Arbeitsleben

JA ZUR GRUNDRENTE MIT BEDÜRFTIGKEITSPRÜFUNG

VOLKER ULLRICH /// Die Grundrente ist eine wichtige Sozialreform. Sie wird kommen, aber anders als von Bundessozialminister Hubertus Heil geplant. Als Würdigung der Lebensleistung muss die Grundrente in einem ausgewogenen Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern stehen. Am Ende muss ein vernünftig finanzierter Entwurf mit Bedürftigkeitsprüfung stehen.

Ausgangslage

Finanzielle Sicherheit im Alter ist Menschen ein Bedürfnis. Der heutigen Rentnergeneration geht es in der Regel verhältnismäßig gut. Nach dem Alterssicherungsbericht der Bundesregierung liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von älteren Ehepaaren bei 2.543 Euro und von alleinstehenden Männern bei 1.614 Euro. Alleinstehende Frauen haben mit 1.420 Euro eine niedrigere Rente. In Bayern ist die Situation im Wesentlichen ähnlich. Die durchschnittlichen Altersbezüge sind in den vergangenen Jahren gestiegen und liegen bei 864 Euro im Monat. In den meisten Haushalten wurde gut vorgesorgt. Das durchschnittliche Vermögen in Geldwerten und Immobilien ist mit 67.893 Euro und 145.168 Euro höher als in anderen Bundesländern. In Bayern sind nur 2,8 % Ältere auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen – das Er-

gebnis einer guten Wirtschaftslage im Freistaat. Unter den 16 Bundesländern hat Bayern die höchste Erwerbstätigenquote. In der Altersgruppe 50 bis 65 hatte Bayern im Jahresdurchschnitt 2017 die niedrigste Arbeitslosenquote.

Die DERZEITIGE Rentnergeneration in Bayern ist im Durchschnitt finanziell gut aufgestellt.

Das Risiko für Altersarmut trifft leider besonders Frauen. Durch Jobs, die oftmals geringer entlohnt werden und längere Kindererziehungs- und Pflegezeiten beziehen sie sehr viel öfter Niedrig-



Lebenslanges Arbeiten verdient auch ein respektables Auskommen im Alter. Zunehmend fristen Rentner aber einen unwürdigen Lebensabend in Armut und am Rande des Existenzminimums.

renten als Männer. Kinder sichern die Renten künftiger Generationen und sollten in einem Land wie Deutschland kein Armutsrisiko darstellen. Mit der Ausweitung der Mütterrente mit dem Stichtag 1. Januar 2019 konnten wir bei der Anrechnung von Erziehungszeiten für drei oder mehr Kinder, die vor 1992 zur Welt kamen, schon für Entlastung sorgen. Unser Staat erkennt die enorme Erziehungsleistung von Eltern an. Mütter und auch Väter, die für ihre Kinder ihren Beruf zeitweise nur teilweise ausgeübt oder ganz aufgegeben haben, dürfen in der Rente nicht wesentlich schlechter gestellt sein.

Die Union bekennt sich zum Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat

ist solidarisch mit jenen, die sich nicht selbst helfen können, und unterstützt sie. 3 % der Generation 65 plus X sind statistisch gesehen aktuell auf Leistungen aus der Grundsicherung im Alter angewiesen. Nicht darüber hinweg täuschen dürfen diese Zahlen, dass fast jeder Vierte in Deutschland auf Niedriglohnniveau beschäftigt ist. Der Lohn dieser Menschen wird auch nach 40 Berufsjahren, in denen ununterbrochen Beiträge in die Rentenkassen eingezahlt wurden, nicht für eine Rente über Grundsicherungsniveau reichen. Die Gründe sind vielfältig. Alleinerziehende Mütter und Väter finden trotz guter Ausbildung oftmals keinen angemessen bezahlten Job. Erwachsene Kinder pfe-

gen ihre Eltern zu Hause oder jemand bekommt wegen einer chronischen Krankheit keine Vollzeitstelle. Die allerwenigsten haben selbst verschuldet, dass sie im Alter finanziell zu wenig abgesichert sind. Mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von weniger als 1.500 Euro ist eine private Altersvorsorge auch kaum möglich. Prognosen zufolge werden in Zukunft mehr Menschen ohne auskömmliche Rente in den Ruhestand gehen. Dagegen müssen wir etwas tun. Die Existenz von Menschen mit geringem Einkommen muss im Alter durch eine Rente gesichert werden, die auch zum Leben reicht. Wir stehen zu dem Grundsatz: Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, müssen im Alter mehr Geld zur Verfügung haben als jene, die nicht gearbeitet haben.

In Zukunft droht vielen die **ALTERSARMUT**.

Wertschätzung für Leistung in einem langen Arbeitsleben

Nach der Mütterrente und der Rente mit 63 will die Große Koalition die dritte Rentenreform auf den Weg bringen. Die Grundrente, die Bezüge von 10 % über der Grundsicherung garantieren soll, soll vor Altersarmut schützen. Die Grundsicherung deckt Teile der Kosten der Unterkunft und einen Regelbedarf ab. Gesetzliche Rente und Vermögen werden aber an die Grundsicherung angerechnet. Seit 2018 gibt es für Vermögen einen Freibetrag von 5.000 Euro

und einen Freibetrag für Rentenzahlungen aus einer Riesterreute. Als Wertschätzung für die Leistung in einem langen Arbeitsleben sollen Menschen, deren Verdienst für eine Rente oberhalb des Existenzminimums aber nicht reicht, ab 2021 von der Grundrente profitieren. Voraussetzung ist, dass sie 35 Jahre gearbeitet, Kinder großgezogen, die Eltern gepflegt und Beiträge in die Rentenversicherungen eingezahlt haben. Eine Friseurin etwa, die 40 Jahre ein Mindestlohneinkommen bezogen hat, erhält momentan eine monatliche Rente von rund 512 Euro. Durch die Grundrente würden ihre Bezüge nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums auf rund 960 Euro pro Monat steigen.

Die politische Diskussion dreht sich dabei im Kern um zwei Fragen: Wer soll auf die Grundrente Anspruch haben und wie kann diese von der Solidargemeinschaft so finanziert werden, dass die Lasten einigermaßen fair verteilt sind? Die Union will die Grundrente, aber nicht bedingungslos und nur, wenn die Finanzierung auf soliden Beinen steht. Wir wollen den Koalitionsvertrag umsetzen. Auf Seite 91 steht dazu: „Die Grundrente gilt für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher [...] Die Voraussetzung für den Bezug der Grundrente ist eine Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Grundsicherung. Die Abwicklung der Grundrente erfolgt durch die Rentenversicherung. Bei der Bedürftigkeitsprüfung arbeitet die Rentenversicherung mit den Grundsicherungsämtern zusammen.“

Weit über das Vereinbarte hinaus geht jedoch der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil, der wenige Tage vor der Europawahl vorgelegt wurde. Außerdem steht die Finanzierung

dafür auf sehr wackligen Füßen. Die Pläne umfassen folgende Maßnahmen:

- Einführung der Grundrente für langjährige Versicherte,
- Einführung eines Freibetrages in der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung,
- eine bessere Absicherung im Alter bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Rehabilitationszeiten sowie
- eine Entlastung der Rentner durch die Absenkung des Beitrages zur Krankenversicherung auf den ermäßigten Beitragssatz, wie er für alle Versicherten ohne Anspruch auf Krankengeld gilt.
- Eine Bedürftigkeitsprüfung ist nicht vorgesehen.

Von dem Zuschlag bei der Rente könnten demnach 3 Millionen Menschen profitieren. 80 % davon wären Frauen. In den alten Bundesländern käme die Grundrente 11 % der Rentner zugute, in den neuen wären es rund 15 %. Die Höhe des Zuschlags wird nach den erworbenen Entgeltpunkten berechnet. Als Argument gegen eine Bedürftigkeitsprüfung führt Heil an, die Grundrente werde bei hohen Partnereinkommen entsprechend besteuert. Langjährig Versicherte sollen einen Freibetrag in der Grundsicherung erhalten. So soll sichergestellt werden, dass die Rente oberhalb der Grundsicherung liegt. Unser Koalitionspartner will außerdem Rentenansprüche für Zeiten der Arbeitslosigkeit, Übergangsgeld oder Kurzarbeit stärker als bisher berücksichtigen. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung sollen Rentner entlastet werden, weil sie im Ruhestand keinen Anspruch mehr auf Krankengeld haben, für sie allerdings der gleiche Beitragssatz

gilt, als wenn sie bei längerer Krankheit Krankengeld erhalten würden. Deshalb soll der Beitrag von 14,6 auf 14 % gesenkt werden.

Die SPD hat ein über den Koalitionsvertrag hinausgehendes eigenes Grundrentenmodell OHNE Bedürftigkeitsprüfung entwickelt.

Nicht gesichert ist die Finanzierung. Heil will zur Deckung von Kosten die ermäßigte Mehrwertsteuer für Übernachtungen wieder abschaffen. Außerdem plant er mit den Steuereinnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer, die es noch nicht gibt. Alle Mehreinnahmen oder Minderausgaben, die im Bundeshaushalt durch die Grundrente entstehen, sollen zu 100 % für einen höheren Bundeszuschuss an die Rentenversicherung genutzt werden. Zwischen den Sozialversicherungen sollen für sinnvoll erachtete Anpassungen vorgenommen werden. Nach einem Rechenmodell des Bundesarbeitsministeriums wird ab der Einführung der Grundrente zum 1. Januar 2021 ein solides Polster zur Verfügung stehen. Der Bundeszuschuss wird dann zunächst auf 1,8 Milliarden Euro und von 2025 an auf 3,4 Milliarden Euro angehoben. Der Anteil der unmittelbaren Finanzierung durch den Bund liegt im ersten Jahr bei knapp 50 % und 2025 dann schon bei gut 70 %. Insgesamt gibt das Arbeitsministerium die Kosten für die Grundrente mit 3,8 Milliarden Euro im geplanten Einführungs-

jahr 2021 an. Bis 2025 solle der Betrag auf 4,8 Milliarden Euro im Jahr steigen. Die Gesamtkosten sollen von 2021 bis 2025 21,5 Milliarden Euro betragen.

Ja zur Bedürftigkeitsprüfung – Nein zur Vermögensprüfung

Unserer Gesellschaft muss die Lebensleistung von Menschen sehr viel wert sein. Auch die Union will die Grundrente als wichtige Säule im Kampf gegen Altersarmut. Das Heil-Modell hat jedoch Haken. Es wird nicht zwischen Voll- und Teilzeit unterschieden. Die Rente von langjährig Teilzeitbeschäftigten könnte unverhältnismäßig aufgewertet werden. Das heißt, Vollzeitbeschäftigte mit einem geringeren Stundenlohn, die dennoch oft mehr in die Rentenkassen eingezahlt haben, könnten weniger Grundrente erhalten als Teilzeitkräfte. Ohne Bedürftigkeitsprüfung würden außerdem viele Menschen profitieren, die durch ein hohes Familieneinkommen eine Grundrente nicht nötig haben. Wir wollen allen helfen, die wirklich von Altersarmut bedroht sind. Die Grundrente muss dort ankommen, wo sie auch tatsächlich gebraucht wird. Eine Bedürftigkeitsprüfung beim Einkommen halten wir deshalb für notwendig. Den Vorschlag aus dem Arbeitsministerium, der auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichtet, lehnen wir ab.

Auf keinen Fall darf die Grundrente zu Lasten von Menschen gehen, die das Geld zur Finanzierung ihres Lebensabends auch wirklich nötig haben. Wäre es nicht ungerecht, wenn eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern inklusive Grundrente rund 896 Euro pro Monat erhält, und die zweifache Mutter mit gleichem beruflichen Werdegang und einem gut verdienenden Anwalt als Partner die gleiche Summe Grundrente bekommt?

Eine Einkommensprüfung ist durchaus berechtigt. Auch wir finden, dass es viel Überwindung kostet, seine Bedürftigkeit nachweisen zu müssen. Der belastende Weg zum Sozialamt könnte Rentnern aber zum Beispiel durch einen automatischen Datenabgleich mit den Finanzbehörden per Mausklick am Computer erspart werden.

Der Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung schafft UNGERECHTIGKEITEN.

Abgelehnt werden sollte eine Vermögensprüfung. Bezieher der Grundrente dürfen keine Angst bekommen, dass ihnen vom Staat das eigene Haus oder die eigene Wohnung genommen wird. Im Koalitionsvertrag wurden dafür Spielräume gelassen: „Wir wollen, dass der Bezug sozialer staatlicher Leistungen und der neu geschaffenen Grundrente nicht dazu führt, dass selbst genutztes Wohneigentum aufgegeben werden muss. Dazu werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Vermögensverwertung und zum Schonvermögen in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsuchende überarbeiten, angleichen und so ändern, dass Bezieher sozialer staatlicher Leistungen in ihrem Wohneigentum bleiben können.“

Finanzierung muss solide sein

Das umlagefinanzierte Rentensystem hat sich bewährt und muss weiter gestärkt werden. Die gesetzliche Rente in

Kombination mit starken Ideen für Betriebsrenten und private Altersvorsorge muss sich weiterentwickeln. Unser Alterssicherungssystem behält alle im Blick, auch diejenigen, die Rentenanprüche knapp oberhalb der Grundsicherung erworben haben und keine Grundrente bekommen werden. Eine vernünftige solide Finanzierung ohne Steuererhöhungen muss Bedingung für die Grundrente sein. Der Generationenvertrag darf nicht über die Maßen belastet werden. Denn wir müssen auch an jene denken, die den Zuschlag zu finanzieren haben. Die junge Generation darf nicht zu stark belastet werden. Hart treffen würde das Konzept von Hubertus Heil auch kleine und mittelständische Hotel- und Gaststättenbetriebe. Eine Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes würde vor allem in den Grenzregionen erhebliche Wettbewerbsnachteile zur Folge haben. In den meisten Nachbarländern gilt der reduzierte Mehrwertsteuersatz. Bei der Finanzierung der Grundrente spielt Heil mit Vermutungen. Das können wir so nicht stehen lassen. Am Ende der Beratungen muss ein vernünftiger Vorschlag herauskommen.

In die Überlegungen, welches Grundrentenmodell am Ende stehen soll, sollte auch der Vorschlag des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Markus Söder einbezogen werden. Danach soll die gesetzliche Rente nicht mehr vollständig auf die Grundsicherung angerechnet werden. Bis zu 212 Euro pro Monat sollen Betroffene behalten dürfen, sofern sie mindestens 35 Beitragsjahre angesammelt haben. Kindererziehungs- oder Pflegezeiten können zu Freibeträgen berechnet werden. Die Kosten dafür veranschlagt die CSU mit rund 445

Millionen Euro im Jahr. Rund 175.000 Menschen würden demnach davon profitieren. Zusätzlich soll es einen Freibetrag für Bezieherinnen der Mutterrente geben. Diese will Söder nicht mehr auf die Grundsicherung anrechnen. Die Kosten für diesen Punkt werden auf 60 Millionen Euro geschätzt und circa 60.000 Frauen würden besergestellt. Zudem will Markus Söder das Schonvermögen auf 15.000 Euro verdreifachen.

Ministerpräsident Söder hat ein CSU-RENTENKONZEPT mit Bedürftigkeitsprüfung entwickelt.

Das CSU-Rentenkonzept ist als Gegenkonzept zur Respekt-Rente von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil angelegt. Der zentrale Unterschied zwischen den Vorschlägen ist die Bedürftigkeitsprüfung, die sowohl vom Koalitionsvertrag als auch vom Bund-Länder-Sozialpartner-Dialog 2018/2019 ausdrücklich gefordert wird. Das Konzept von Söder geht als „Sozial Plus“ bewusst über den Koalitionsvertrag hinaus. Eine von Söder vorgesehene Erhöhung des Schonvermögens auf 15.000 Euro hat zwar eine Grundlage im Koalitionsvertrag. Jedoch gibt es in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nur einen Vermögensfreibetrag je nach Alter von bis zu 10.050 Euro. Um Wertungswidersprüche zu vermeiden und die Erhöhung des Schonvermögens mit dem Koalitionsvertrag begründen zu können, ist ledig-

lich eine Verdopplung des Schonvermögens in der Grundsicherung im Alter möglich.

Andererseits ist kritisch zu sehen, dass dieser Vorschlag ebenfalls an der starren Grenze von 35 Jahren Erwerbsarbeit für den Bezug der Grundrente festhält. Es erscheint nur schwer nachvollziehbar, weshalb jemand, der 34 Jahre Vollzeit gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, seine Rente deutlich weniger aufgestockt bekommt, als derjenige, der 35 Jahre in Teilzeit gearbeitet und Beiträge bezahlt hat. Jedoch ist zu beachten, dass die Grenze der Erwerbstätigkeit von 35 Jahren im Koalitionsvertrag festgesetzt ist und irgendwo eine Grenze gezogen werden muss.

Vorschläge des Bund-Länder-Sozialpartner-Dialogs

Von den verschiedenen Modellen könnten 130.000 Betroffene profitieren. Die Kosten liegen schätzungsweise bei 200 Millionen Euro. In einem dieser Modelle wird die Grundrente als Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung ausgestaltet und nicht als Sozialleistung. Der Bürger würde einen Gesamtbescheid über Altersrente und Grundrente zugestellt bekommen. Die Grundrente soll die Lücke zur Bedarfsdeckung inklusive Zuschlag umfassen. Ziel ist, dass Betroffene keine Grundsicherungsleistungen mehr beziehen müssen, sondern ausschließlich eine Leistung aus der Rentenversicherung. Bei diesem Modell wäre noch zu entscheiden, ob die Bedürftigkeit durch die Rentenversicherungen oder durch die Landesbehörden geprüft werden soll.

Ein weiteres Modell sieht die Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vor. Dabei muss entschieden werden, ob Frei-

beiträge auf Renteneinkommen im bestehenden Sozialhilferecht (SGB XII) oder ein neues Leistungsgesetz für die Grundrente und die Grundsicherung im Alter (SGB XIV) eingeführt werden.

Auch im dritten Modell wird die Grundrente als Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung ausgestaltet. Die Grundsicherungsämter führen hierbei die Bedürftigkeitsprüfung durch. Der Zuschlag wird durch die Rentenversicherung ausgezahlt und nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet. In diesem Modell würden die Betroffenen Leistungen der Rentenversicherung (Altersrente) und der Grundsicherung erhalten.

Auf dem Tisch liegt auch der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Sozialministers Karl-Josef Laumann. Für Grundsicherungsempfänger wird eine Plus-Rente von 25 % auf ihre gesetzlichen Rentenansprüche gefordert.

Der BUND-LÄNDER-SOZIALPARTNER-DIALOG hat weitere Modelle zur Diskussion gestellt.

Über die Gestalt der Grundrente gibt es noch viel Gesprächsbedarf. Verschiedene Modelle kommen auf den Prüfstand und werden jetzt beraten. Zur Erarbeitung eines Konzepts zur Sicherung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen, der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, wurde von der Bundesregierung eine

Rentenkommission eingesetzt. Bis März 2020 werden konkrete Vorschläge erarbeitet.

Fazit

Die Grundrente ist eine wichtige Sozialreform und sie wird kommen. Heutige Rentner, die geringe Löhne hingenommen und mit Fleiß und Ausdauer unseren Wohlstand mit erarbeitet haben, haben das Recht auf Altersbezüge, die eine Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Das muss ebenso für die Rentner von morgen gelten. Parallel dazu haben wir eine wichtige Aufgabe vor uns. Wir müssen Politik so gestalten, dass in bestimmten Bereichen auch die Löhne steigen können. Aus Niedriglöhnen werden keine hohen Renten. Für einen starken Sozialstaat brauchen wir eine leistungsfähige Wirtschaft. ///



/// DR. VOLKER ULLRICH, MDB
vertritt den Wahlkreis Augsburg-Stadt und Königsbrunn im Bundestag. Er ist Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Arbeitnehmer-Union (CSA).



Rhodes, Ben: *Im Weißen Haus - Die Jahre mit Barack Obama*. München: Beck Verlag 2019, 576 Seiten, € 26,00.

/// Barack, Ben, der Iran, Syrien und Israel – oder, wie Amerika die Welt sah

DER AUßENPOLITIKER OBAMA

Der Autor Ben Rhodes begleitete seit 2007 acht Jahre den US-Präsidenten Barack Obama als Redenschreiber, Berater und später als stellvertretender Sicherheitsberater. In seinem Buch berichtet Rhodes über die zentralen Themen von Obamas Außenpolitik, nämlich die Verhandlungen über das Nuklearabkommen mit dem Iran, den Druck der republikanischen Partei, in Syrien zu intervenieren, die Annäherungsversuche an Kuba, Osama bin Ladens Verfolgung und Tod in Pakistan, den israelisch-palästinensischen Konflikt über die Zwei-Staaten-Lösung, das Verspre-

chen, die US-Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan abzuziehen, die Intervention in Libyen und Obamas Eintreten für das Pariser Klimaabkommen.

Das Abkommen mit dem Iran

Der Hauptteil des Buches besteht aber in der Beschreibung von Atmosphären und Personen bei Treffen und Sitzungen. Man bekommt so auch einen besseren Eindruck von dem Menschen Obama. Durch diese Hintergrundschilderungen wird etwa deutlich, wie groß Obamas Anliegen, ein Nuklearabkommen mit dem Iran zu erreichen, war. Schon seine

Ankündigung im Wahlkampf, in diplomatische Verhandlungen mit dem Iran zu treten, stieß auf stärksten innenpolitischen Widerstand. Selbst Obamas externe Berater äußerten sich skeptisch. Es fanden sich auch keine Experten, die bereit gewesen wären, Obamas Haltung öffentlich zu verteidigen. Die frühere demokratische Außenministerin unter Bill Clinton, Madeleine Albright, kritisierte Obamas Gesprächsabsichten mit dem Iran öffentlich. Das Washingtoner außenpolitische Establishment war einhellig der Meinung, dass Diplomatie als schwach gelte und alles andere als maximale Härte zum Scheitern verurteilt wäre – und zwar unabhängig davon, ob der Iran ein Nuklearprogramm verfolge oder nicht. In den USA wurde immer noch das Bild von dunklen Ajatollahs und amerikanischen Geiseln mit verbundenen Augen beschworen.

Extern waren Israel, Saudi Arabien und die Emirate gegen jegliche Gespräche mit dem feindlichen Iran. „In Washington, wo die Unterstützung für Israel für Kongressabgeordnete Pflicht ist, herrschte eine natürliche Rücksicht auf die Ansichten der israelischen Regierung, und Netanjahu war stets konfrontativ [...] nur, dass er nicht selbst gegen den Iran antreten wollte, sondern die USA es tun sollten“, beobachtet Rhodes. Die israelische Lobby AIPEC tat alles, um Obamas Ansichten zu diskreditieren. Die Saudis und die Emirate pumpen Geld in Think Tanks, Universitäten, Firmen, üppige Partys und Meinungsmacher, die eine harte Linie gegenüber dem Iran und letztlich gegenüber Obamas Außenpolitik forderten.

Obwohl sich der neu gewählte iranische Präsident Hassan Rohani und Präsident Obama 2013 gemeinsam im UN-Gebäude in New York befanden, sprachen sie erst am Telefon miteinander, als Rohani im Auto zum Flughafen war.

Immerhin war Obama der erste US-Präsident, der seit der iranischen Revolution von 1979 mit einem iranischen Präsidenten sprach. Schließlich wurde das Abkommen von sechs Weltmächten und dem Iran am 14. Juli 2015 nach dreizehn Jahre langen Verhandlungen, davon acht Jahre Bemühungen der Regierung Obama, in Wien unterzeichnet. Letztlich haben dutzende Menschen – Diplomaten, Anwälte, Nuklearwissenschaftler und andere Experten sowie Mitarbeiter von Nachrichtendiensten – daran gearbeitet, Sicherheit, Wissenschaft und Politik auf einen Nenner zu bringen. AIPEC und andere Oppositionsgruppen hatten etwa 40 Millionen Dollar ausgegeben, um das Abkommen doch noch zu verhindern und Kongressabgeordneten Angst einzujagen. Schließlich wurde von den Gegnern der Vorwurf erhoben, Obama und sein Team seien Antisemiten. Letztendlich waren die Gegner insofern erfolgreich, als Obamas Nachfolger Donald Trump den Deal 2017 aufkündigte, was John Kerry, der Chefverhandelnde Obamas, wie Rhodes noch schreibt, bereits voraus geahnt hatte.

Politisches Engagement vs. militärische Intervention und Syrien

Obama wollte sich international nicht weniger, sondern mehr engagieren. Durch die Begrenzung der militärischen Rolle der USA im Nahen und Mittleren Osten wären sie aber besser in der Lage gewesen, die amerikanische Infrastruktur wiederaufzubauen, sich dem asiatischen Pazifikraum zuzuwenden und sich auf China zu konzentrieren, sich Kuba zu öffnen, sowie sich Bedrohungen wie dem Klimawandel zu stellen.

Durch das Abkommen mit dem Iran konnte Obama eine sich zuspitzende Entscheidung zwischen „Diplomatie oder Krieg“ abwenden. Immer häufiger sah er sich mit dem Druck konfrontiert, er solle in Syrien nach Chemiewaffeneinsätzen „mehr tun“, was konkret bedeutete, Assad zu bombardieren. Diese Forderungen kamen von den Republikanern, aber auch aus den eigenen Reihen, um wieder Aufmerksamkeit zu erzeugen. Obama konsultierte Angela Merkel, die er sehr schätzte. Die deutsche Bundeskanzlerin warnte vor übereilten Entscheidungen, durch die Obama „vagen Anschuldigungen ausgesetzt“ sein würde.

Daraufhin beschloss er, dem Kongress die Autorisierung von Luftschlägen gegen Syrien zu überlassen. Ohne seine Autorisierung würden die Republikaner Obama aber auch wieder attackieren und der Kongress übernahm diese Verantwortung nicht. Die Abstimmung fand niemals statt. Stattdessen kam es zu einer Übereinkunft zwischen den russischen und amerikanischen Außenministern Lawrow und Kerry darüber, dass aus Syrien die Chemiewaffen entfernt werden sollten. Damit würden tausende von Tonnen chemischer Waffen aus Syrien abtransportiert und vernichtet werden, weit mehr, als durch militärische Aktionen zerstört worden wären.

Keine Friedenslösung für Palästina

Natürlich musste sich Obama mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigen. 2011 hatte er bei einer Rede vor dem Außenministerium ange-regt, dass sich der Grenzverlauf „an den Grenzen von 1967 mit gegenseitigem Gebietsaustausch orientieren sollte“, womit er die Siedlungen auf der Westbank nicht prinzipiell in Frage stellte.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu allerdings versuchte zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 2012, inneramerikanische Opposition gegen Obama zu nutzen, indem er diesem vorwarf, er wolle die Grenze neu ziehen. Er unterschlug dabei das Wort „orientieren“, was Mitt Romney zu der Erklärung veranlasste, Obama wolle „Israel den Wölfen zum Fraße vorwerfen“. Rhodes, der sich selbst als liberalen Juden aus New York bezeichnet, sieht darin den Versuch Netanjahus, „jede ernstzunehmende Bemühung um Frieden zu untergraben, genau wie er die Siedlungen nutzte, um die Palästinenser zu demoralisieren“. Diese Politik verhinderte eine Zwei-Staaten Lösung und dass Israel sowohl ein jüdischer Staat als auch eine Demokratie bleibt.

Zwei Welten

Im letzten Jahr von Obamas Präsidentschaft gab es zwei Welten unterschiedlicher Wahrnehmung. In der einen gab es das globale Klimaschutzabkommen, das Iran-Abkommen, wachsende Wirtschaftsdaten und 20 Millionen neu krankenversicherte Amerikaner. Die andere malten Obamas Gegner mit übertriebener Kriminalität, massiver Einwanderung, überall lauernden Terrorismus und stagnierenden Löhnen in Amerika.

Insgesamt erzählt Rhodes viele illustrative Anekdoten, bietet aber keine neuen Informationen. Es werden zahlreiche Personen vorgestellt, die Obama umgaben. Beratende Sozialwissenschaftler waren aber nicht dabei.

PROF. DR. HEINZ GÄRTNER,
WIEN

Adebahr, Cornelius:
Inside Iran. Alte Nation,
neue Macht? Bonn: Verlag
J.H.W. Dietz 2018,
248 Seiten, € 22,00.



Ein stets aufs Neue erstaunendes Phänomen in der Kommentierung internationaler Politik ist, dass nicht nur Sachkundige ihre von langjähriger Recherche genährte Expertise in öffentliche Diskurse einbringen, sondern dass – insbesondere wenn es sich um Krisen- und Konfliktregionen handelt – gelegentlich auch selbsternannte Experten ohne ausgewiesene Fachkenntnisse in den Medien auftauchen und ihre oftmals mit heißer Nadel gestrickten „Analysen“ und „Lösungsstrategien“ vorstellen. Der viele Jahre am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München tätige Politikwissenschaftler und Jurist Heinz Laufer (verstorben 1996) geißelte diese Disproportionalität gern süffisant mit den Worten: „Ein Jahr in einem Land – ein Wort; ein Monat in einem Land – ein Aufsatz; ein Tag in einem Land – ein Buch“.

Diesen Vorwurf kann man dem Autor der hier anzuzeigenden Publikation schon deshalb nicht machen, weil Cornelius Adebahr mit seiner Familie mehrere Jahre im Iran lebte, wo er als politischer Analyst in der Hauptstadt Teheran tätig war. Neben bzw. im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit unternahm er zahlreiche Reisen durch das frühere

„Persien“, von dem insbesondere seit der Krise um Teherans Nuklearprogramm viele schreiben und über das viele urteilen, ohne es überhaupt zu kennen, ohne jemals dort gewesen zu sein.

Adebahr zeichnet ein differenziertes Bild, das er durch die Beantwortung von zwölf zentralen Fragen generiert, die jeweils ein separates, in sich abgeschlossenes Kapitel kennzeichnen. Dabei geht es um historische Hintergründe („Hieß das Land nicht einmal Persien?“), die Charakteristika des politischen Systems („Ist das Land eine Diktatur oder eine Demokratie?“), die Rolle der Religion in der politischen Kultur („Wie viel Religion steckt in der Islamischen Republik?“) und die prägenden Konsequenzen des innenpolitischen Machtwechsels von 1979 („Wie war das mit der Islamischen Revolution von 1979?“) ebenso wie um aktuelle Problemstrukturen iranischer Innen- und Außenpolitik.

Der Autor geht davon aus, dass die wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit großer Teile des 80-Millionen-Volkes das politische System der Islamischen Republik ernsthaft infrage stellen, die von einer „Clique alter Männer regiert wird“. Dass das System in sich instabil geworden und die „Revolution geistig an ihr Ende gekommen“ sei, heiße aber nicht, dass letztere „auch in der Realität bald abdankt“.

Breiten Raum in Adebahrs Analyse nehmen Teherans außenpolitische Spannungsfelder im Nahen und Mittleren Osten (Stichworte: Israel, Saudi-Arabien, Jemen, Syrien, Irak etc.) sowie das prekäre Krisenverhältnis mit Washington sowie der damit untrennbar verbundene Atomkonflikt ein. Der Streit um das iranische Nuklearprogramm schien im Jahre 2015 durch ein zwischen Teheran auf der einen, den „P5+1“

(die fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates plus Deutschland) auf der anderen Seite ausgehandeltes Abkommen zumindest für die Dauer von 15 Jahren behoben zu sein. Mit der sich dem Atom-Deal anschließenden Aufhebung der internationalen Sanktionen gegen Teheran bestand nicht nur eine Chance, den Iran in die internationale Staatengemeinschaft zu re-integrieren und ihn in die Strategie zur De-Eskalation anderer mittelöstlicher Krisen und Konflikte einzubinden, sondern es schien auch eine innere Machtverschiebung im Iran zugunsten moderater und pragmatischer, westlich orientierter Kräfte möglich zu sein.

Mittlerweile mussten diese Hoffnungen weitgehend begraben werden. Die außenpolitischen Konflikte zwischen Teheran und seinen Gegnern haben sich in den vergangenen Monaten sogar noch weiter verschärft und im inneren Machtgefüge des Iran haben Konservative und Hardliner wieder Boden gewonnen, was möglicherweise die schwelenden inneren sozialen Spannungen erneut befeuert. Sogar der beendet geglaubte Atomkonflikt ist wieder voll entbrannt.

Obwohl Adebahrs wertvolle Studie, die den ambitionierten Titel „Inside Iran“ aufgrund der differenzierten Innenansichten aus der Feder eines sachkundigen Experten zu Recht trägt, erst wenige Monate alt ist, wird der Autor aufgrund der Dynamik der Entwicklungen seines Sujets deshalb möglicherweise schon in naher Zukunft eine Überarbeitung erwägen wollen.

PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER,
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Kershaw, Ian: Achterbahn.
Europa 1950 bis heute.
München: DVA 2019,
832 Seiten, € 38,00.

Der renommierte britische Historiker hat bereits für den chronologisch vorhergehenden Band „Höllenzug – Europa 1914 bis 1945“ großes Lob geerntet. Die FAZ schrieb damals: „Das Kunststück, eine ganz Europa umfassende Darstellung vorzulegen, sozusagen vom Atlantik bis zum Ural, ist voll gelungen“. „Vom Atlantik bis zum Ural“ – diese von De Gaulle geprägte Formel weist darauf hin, dass Kershaw auch Russland einbezogen hat, und in „Achterbahn“ tut er dies ebenso, denn eine schlüssige Darstellung europäischer Geschichte verlangt das ganz einfache.

Auch „Achterbahn“ ist im obigen Sinne wieder ein „Kunststück“ geworden. Gleich zu Beginn des Werkes ist sich der Autor jedoch eine Ironisierung dieses Titels schuldig. Vielleicht erscheint die Assoziation zu Vergnügungsparks zu trivial. Eine Achterbahn hat immerhin einen klar bestimmbaren Endpunkt. Aber diese Metapher „erfasst die Wechselhaftigkeit, die atemberaubenden Augenblicke und das Gefühl, von unbeherrschbaren Kräften mitgerissen zu werden [...]“. Konkret meint er mit Achterbahn „den kurvenreichen Kurs zwischen der Unsicherheit des frühen Kal-

ten Krieges und der Unsicherheit der vielschichtigen Krise, von der Europa im letzten Jahrzehnt erschüttert wurde.“

Darin liegt bereits das historiographische Credo des Autors: keine Unterordnung unter übergreifende Maximen oder gar Imperative wie zum Beispiel den einer fortschreitenden Integration, auch wenn diese wünschenswert ist und bleibt. Stattdessen steht pragmatisches Referieren im Vordergrund, denn „die Rolle des Zufalls für den historischen Wandel wird leicht unterschätzt“. Auch scheint grundsätzliche Skepsis durch gegenüber der schon seit Thukydides und Machiavelli weit verbreiteten Auffassung, dass man aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen könne. Die Vergangenheit sei „ein einigermaßen gut beleuchteter Pfad, [...] der dann durch ein großes abschreckendes Tor mit der Aufschrift ‚Zukunft‘ versperrt wird“.

Machiavelli hatte die zuvor angedeutete Ansicht dadurch abgestützt, dass die Menschen sich durch alle Zeiten hindurch gleichblieben. Doch zu solcher „Anthropologie“ will Kershaw sich nicht aufschwingen, sie würde nicht zu seinem durchweg wohlthuend nüchternen Blick auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen passen. Aber seine Diktion ist niemals nur enumerativ und dementsprechend langweilig, und ebenso hält sie sich fern von akademisch abstrahierender Kompliziertheit.

Die Masse des zu bewältigenden Stoffes bringt es aber mit sich, dass er Glanzlichter nur sehr spärlich aufsetzen kann, etwa, wenn er den britischen Brexit-Enthusiasten Boris Johnson als „Schnösel mit einem Gespür für die Massen“ bezeichnet. An dieser Stelle darf eingeflochten werden, dass der Bri-

te Kershaw besonders viele britische Sachverhalte einflücht, jedenfalls im Verhältnis zur Erwähnung dessen, was in den anderen großen und kleinen Nationen Europas wichtig geworden ist. Aber das hält sich doch noch in Grenzen, weshalb mit dieser Bemerkung nicht gemeint sein soll, dass der Autor die Bedeutung der anderen Nationen zu wenig würdigt.

Das Positive in der Entwicklung Europas der letzten 70 Jahre liege darin, dass der Kontinent friedlicher, wohlhabender und freier wurde, weitaus mehr, als man es nach den Katastrophen der beiden Weltkriege erwartet hätte. Dies sei zu erklären aus der Existenz der NATO, mit deren abschreckender Wirkung es aufs engste zusammenhänge, dass Europa der Abgrund eines Atomkrieges zwischen Ost und West erspart blieb, sowie mit den Fortschritten in der europäischen Integration.

Des Autors Nüchternheit verbietet es aber, hier in hymnische Übersteigerung auszubrechen. Denn seiner Weigerung, die Zukunft determiniert zu sehen (ein Historiker darf kein Seher sein wollen), entspricht es, dass er auch die zeitgenössischen Bedrohungen Europas klar benennt: die Globalisierung bei entfesseltem „Turbo-Kapitalismus“, das keinesfalls gebändigte Problem der Massmigration, den internationalen Terrorismus, davon abgeleitet die Entstehung von besonderer Xenophobie, die sich dann auch im Aufkommen von Parteien manifestiert, die integrationsfeindlich sind und zurück zum souveränen, um nicht zu sagen unreal-selbstherrlichen Nationalstaat zu streben. Gut zusammengefasst – aber überhaupt nichts Neues.

Kershaw meint auch, es sei der EWG-EG-EU nicht gelungen, ein echtes

europäisches Identitätsgefühl zu schaffen. Europa sei jedenfalls nicht mehr mit dem Christentum zu identifizieren, dazu habe sich schon zu viel an Migration aus anderen Kulturkreisen ereignet. Auch fehle es an einem gemeinsamen europäischen Geschichtsbild. Leider ist die von Kershaw so magistral erarbeitete Synopse der modernen Geschichte Europas kein Gegenbeweis, denn die nüchterne Denkweise des Autors befördert ein solches allenfalls geographisch, aber nicht im Sinne der Förderung eines Geschichtsbildes, das aus gemeinsamer Interpretation erwächst.

Auch bringt es die zu bändigende Masse des Materials mit sich, dass der Autor beständig mit breitest-möglichem Pinsel malen muss. Zur jeweiligen Konkretisierung taugt die Präsentation von Umfrageergebnissen, die Kershaw häufig einsetzt, zu wenig. Im Abschnitt über den „Brexit“ heißt es zu einem Teilaspekt: „Die Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland stellte ein besonderes Problem dar, das die leidige Nationalitätenfrage auf der gesamten Insel wieder aufwühlen könnte.“ Der Informationswert eines solchen Satzes ist recht begrenzt – aus welchem Grunde denn könnte die Frage wieder aufgewühlt werden? Manchmal wäre ein etwas schlanker Pinsel passender gewesen.

BERND RILL,
MÜNCHEN



Assmann, Aleida: *Der europäische Traum – Vier Lehren aus der Geschichte*. München: C.H. Beck 2018, 208 Seiten, €16,95.

Die Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann ist vor allem für ihre wissenschaftlich fundierten Studien zum Thema Geschichtsvergessenheit und Erinnerungskultur bekannt. 2018 erhielt sie zusammen mit ihrem Mann, dem Ägyptologen Jan Assmann, den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. So leistet sie mit ihrer Arbeit einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung zu Fragen des kulturellen Gedächtnisses einer Nation und fordert den offenen und ehrlichen Umgang mit der Vergangenheit als grundlegende Bedingung für ein friedliches Miteinander.

Unter dem Konzept des „kulturellen Gedächtnisses“ ist die offiziell institutionalisierte, konstruierte Form des kollektiven Erinnerens zu verstehen, die sich grundlegend von der subjektiven, individuellen Erinnerung unterscheidet. Dabei untersucht sie den Einfluss von Praktiken des kollektiven Erinnerens auf Politik und Identitätsstiftung einer Gesellschaft. In ihrem neuesten Werk, welches 2018 unter dem Titel „Der europäische Traum – Vier Lehren aus der Geschichte“ erschienen ist, widmet Assmann sich der Frage, welche Lehren aus Europa für ein friedliches, gerechtes

und globales Zusammenleben der Völker gezogen werden können.

Assmann sieht in ihrer Studie den „Europäischen Traum“ als Leitbild des Denkens und Handelns für Nationen, sozusagen als Pendant zum „American Dream“, wirft aber gleichzeitig die Frage auf, ob das Konzept der Geschichte als Lehrmeisterin wirklich funktionieren kann. Dabei schreibt sie deutlich gegen die Annahme an, dass alles, was man aus der Geschichte lernen könne, nichts zu lernen ist, und stellt die Europäische Union als Produkt des Lernprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Ihre Studie gliedert sie in Vorwort, Epilog und zwei Kapitel, in denen sie zunächst die Frage stellt „Kann man aus Geschichte lernen?“. Anschließend zeigt sie an vier Fallbeispielen die Lehren für ein geeintes Europa auf.

Die erste Lehre Europas ist dabei die Friedenssicherung – oder wie aus Erzfeinden kooperierende Nachbarn werden. Diese Erkenntnis wird auf die beiden Weltkriege zurückgeführt und insbesondere auf die Politiker, die nicht Vergeltung suchten, sondern die Hand zur Versöhnung reichten. Damit sicherten sie nicht nur den politischen, ökonomischen und kulturellen Wiederaufstieg Deutschlands, sondern auch vornehmlich ein vereintes Europa. Die zweite Lehre ist die der (Wieder-)Herstellung von Rechtsstaatlichkeit oder der Umbau von Diktaturen in Demokratien. Dieser besteht der Autorin zufolge aus den Parametern der historischen Aufklärung, juristischen Verfahren und gesellschaftlicher Reparatur. Als dritte Lehre werden die historische Wahrheit und der Aufbau einer deutschen Erinnerungskultur vorgestellt. Dabei kristallisiert sich das Erinnern als urmenschliche Fähigkeit heraus, welche zum Leben ge-

hört. Und doch ist die Erinnerungskultur etwas Neues, denn das Vergessen wurde als Befreiung von der negativen Altlast gesehen und ermöglichte so, etwas Neues und Positives einzuleiten. Die Erinnerungskultur hingegen beschäftigt sich mit schwerwiegenden Verbrechen in der eigenen Vergangenheit, ist selbstkritisch und dialogisch und muss von historischer Forschung gestützt werden. Als vierte Lehre wird die Wiederentdeckung der Menschenrechte genannt, die als Grundvoraussetzung für ein gutes Leben gelten und durch Staat und Gesellschaft zu garantieren sind.

Die Jahre 1945, 1989 und 2015 werden als entscheidende Entwicklungen in der EU betrachtet: Kriegsende und Neubeginn, friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges, sowie die globale Flüchtlingskrise und europäische Migrationspolitik. Außerdem werden die Probleme erläutert, dass die EU im Moment keine vorgestellte Gemeinschaft konstituiert oder über ein klar kommunizierbares Selbst- und Leitbild verfügt. So arbeitet Assmann transnationale Perspektiven heraus, die europäische Erinnerungskultur erst ermöglichen und stellt die Herausforderung für einzelne Gesellschaften, einseitige Opfer- und Selbsterhöhungswahrnehmungen hinter sich zu lassen und das Leid des anderen ins eigene Gedenken miteinzubeziehen, als gemeinsame Erinnerungspolitik vor. Als Beispiel hierfür nennt sie die hart erkämpfte Erinnerungskultur in Polen, die nun wieder in Richtung nationale Opfer- und Heldenperspektive gedreht wird.

Abschließend lassen sich die Lehren und ihre heutige Relevanz nur noch einmal betonen, um dem Prozess des Erinnerens und der Bewältigung immer neuer Herausforderungen gerecht zu

werden. Anzumerken bleibt jedoch, dass die Autorin einen sehr starken Fokus auf Deutschland legt und die Darlegung transnationaler Relevanz dadurch weitgehend durch eine deutsche Perspektive gesehen wird und nicht als europäische Gesamtheit. Dennoch spricht sich das Buch deutlich für Europa als Friedensprojekt aus und arbeitet dessen Bedeutung heraus, bleibt allerdings Antworten für ein weiteres Vorgehen schuldig.

KATHARINA KOMMER,
STUDENTIN DER ANGLISTIK / AMERIKANISTIK,
UNIVERSITÄT AUGSBURG

Jesse, Eckhard / Mannewitz,
Tom / Panreck, Isabelle-
Christine (Hrsg.): Populismus
und Demokratie. Interdisziplinäre
Perspektiven. Baden-
Baden: Nomos Verlag 2019,
357 Seiten, € 74,00.



Das Gespenst des Populismus, das nicht nur Deutschland durchzieht, sondern sich in der politischen Realität Europas schon lange festgesetzt hat, wird immer mehr zum Gegenstand seriöser wissenschaftlicher Analysen. Die Hanns-Seidel-Stiftung hatte seit 2017 ein Promotionskolleg zum Thema Populismus und Demokratie ins Leben gerufen, aus dem erste Ergebnisse im Rahmen dieses

Sammelbandes nun vorgestellt werden. Eingeleitet wird er durch einen einführenden Beitrag der Herausgeber und Betreuer dieses Kollegs, in dem wichtige definitorische Erläuterungen der beiden zentralen Begriffe vorgenommen werden. Auch wenn die folgenden Artikel recht unterschiedliche Themenfelder abdecken, wird doch deutlich, dass dieses Projekt auf einem soliden theoretischen Fundament aufgebaut wurde.

Die Beiträge sind fast alle sehr instruktiv und zeigen, dass die Autoren ihren Themenbereich gut durchdrungen haben. Der erste Abschnitt des Buches steht unter dem Überbegriff „Populismus und Extremismus“. Bei den beiden ersten Beiträgen von Alexander Akel und Carina Schatten steht die vergleichende Perspektive im Vordergrund. Thomas Klotz konzentriert sich in seinem Artikel über die FPÖ auf ihren (bislang offenbar erfolgreichen) Versuch, sich zur „Catch-all-Party“ zu entwickeln. Johannes Schaefer untersucht die Sprache der AfD (auch unter vergleichendem Blickwinkel) und Christoph Schiebel liefert eine Inhaltsanalyse der Redebeiträge der AfD-Bundestagsabgeordneten. Maximilian Kreter zeigt die Entwicklung des deutschsprachigen Rechtsrocks auf.

Der zweite Abschnitt umfasst Beiträge unter dem Oberbegriff „Demokratischer Verfassungsstaat und Parteien“. Darin finden sich Analysen, die die politikwissenschaftliche Theoriendebatte reflektieren, wie von Sandra Wirth über Peter Graf Kielmansegg oder Alexander Prill über Ingolfür Blühdorn. Felix Rhein untersucht presserechtliche Aspekte „vertraulicher“ Hintergrundgespräche von Journalisten mit Vertretern der Exekutive. Aber auch Beiträge, die näher an der aktuellen Politik liegen,

wurden aufgenommen. So untersucht Robin Graichen die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 anhand von Modellen formaler Koalitionstheorie. Susanne Thelen analysiert das „negative campaigning“ im US-Wahlkampf 2016. Stärker historisch ausgerichtet sind die letzten Beiträge des Bandes. Martin Hummel behandelt das Verhältnis von Protestantismus und Demokratie in der jungen Bundesrepublik. Jens Weinhold-Fumoleau untersucht „wilde“ CSU-Gründungen im Winter 1989/90 in Ostdeutschland und Christina Forsbach die Entwicklung der Diskussion der Demokratietheorie in Europa seit 1989. Der Band wird beschlossen durch ein Literatur-, Personen und Autorenverzeichnis.

Natürlich ist ein solcher Sammelband eher ein Werkstattbericht als eine kohärente Gesamtdarstellung. Aber er ist dennoch eine lohnende Lektüre für Wissenschaftler, Publizisten und politisch interessierte Menschen, die sich für diese Themen begeistern. Er liefert in mehreren der Beiträge sehr interessante Analysen zu den jeweiligen Themen und lässt erwarten, dass die dann fertig gestellten Dissertationen hier noch tiefer schürfen werden. Nicht zuletzt verdeutlicht dieser Band, was im Rahmen akademischer Nachwuchsförderung einer Politischen Stiftung alles geleistet werden kann, wenn die richtigen Akteure eingebunden werden. Von diesen Ergebnissen kann auch die Politikberatung profitieren.

DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Schulz, Georg Karl Maximilian:
Die Stimme Bayerns. Der
Bayerische Rundfunk zwischen
Tradition und Moderne. Regens-
burg: Verlag Friedrich Pustet
2018, 216 Seiten, € 29,95.

Als die US-amerikanische Besatzungsmacht im September 1945 die Staatlichkeit Bayerns wiederherstellte, bekam die vor allem in konservativen Kreisen gehegte Hoffnung, Bayern als Kulturstaat wieder aufbauen zu können, neue Nahrung. Der Freistaat sollte auferstehen – als Staat, der sich seiner spezifischen Geschichte bewusst ist, die neue Zeit im Geiste seiner Traditionen gestaltet und mit Hilfe einer ausgeprägten eigenstaatlichen Identität möglichen Zentralisierungsbestrebungen eines zu errichtenden Deutschlands entgegensteht. Bayern sollte eine Nation innerhalb einer Nation sein, zuerst bayerisch, dann deutsch.

Dass eine derart politisch wirksame bayerische Identität aber nicht von ungefähr kommt, sondern im Sinne identitätspolitischer Anstrengungen konstruiert, tradiert und kommuniziert werden muss, war den politischen Protagonisten von Beginn an klar. Der Bayerische Rundfunk nahm in diesen Überlegungen eine Schlüsselstellung ein. Hatten doch die Jahre nationalsozialistischer Herrschaft offenbart, welche Möglichkeiten der Rundfunk als Instrument politischer Kommunikation in Massendemokratien bietet. Statt mörderischer

und menschenverachtender Propaganda sollte nun das Hohelied auf die Heimat, Frieden, Demokratie und Föderalismus zu sichern helfen.

Georg Schulz geht mit seiner Studie zum „Bayerischen Rundfunk zwischen Tradition und Moderne“ den rundfunk- und kulturpolitischen Anstrengungen der ersten bayerischen Staatsregierungen zwischen 1945 und der ersten Hälfte der 1950er-Jahre auf den Grund. Er trägt so auf wertvolle Weise nicht nur dazu bei, die bis dato bestehende Forschungslücke zu den Anfängen des Rundfunks in Bayern nach 1945 zu schließen und das kulturpolitische Selbstverständnis bayerischer Politik im ersten Nachkriegsjahrzehnt zu schärfen. Ihm gelingt es ferner auch, manche identitätspolitischen Wurzeln eines später zuweilen belächelten „Bayernstolzes“ offenzulegen – eines Stolzes, der nicht zuletzt durch die jahrzehntelange Prädominanz der CSU im politischen System Bayerns politische Wirksamkeit und Legitimationsmacht erlangte.

Als sich die US-amerikanische Besatzungsmacht anschickte, den Rundfunk in Bayern wieder auferstehen zu lassen, standen diese Bemühungen einer freistaatlichen Identitätspolitik mit dem Ziel der Wiederbelebung eines bayerischen Eigenstaatlichkeitsbewusstseins diametral entgegen. Für die amerikanische Politik sollte der Rundfunk Instrument der Entnazifizierung sein, weshalb seine Organisation und Leitung einem Kurs folgte, der jeglichen Beschwörungen einer vermeintlich glorreichen Historie entgegenstand. Begehrlichkeiten der bayerischen Staatsregierung, auf den Rundfunk in ihrem Sinne einzuwirken, wurden scharf zurückgewiesen. Das von Alois Johannes Lippl bereits 1945 vorgelegte Memorandum „Der

bayerische Rundfunk als Aufgabe“, das dem Rundfunk in Bayern eine künftig identitätsstiftende Rolle auf der Grundlage christlichen Glaubens und der positiven Zurschaustellung bayerischer Heimat zuwies, aber war deshalb nicht passé. Als der Kalte Krieg 1947 zu einem Wandel der US-amerikanischen Besatzungspolitik führte und ihre nun eingeleitete Politik der Zugeständnisse auch der bayerischen Seite mehr Möglichkeiten der Gestaltung im Sinne eigener Interessen gab, nahmen die konservativen Pläne eines bayerischen Rundfunks als Kultureinrichtung politische Gestalt an.

Das erste Rundfunkgesetz für Bayern vom August 1948 sicherte der Politik durch die Einrichtung nicht nur eines Rundfunkrates, sondern auch eines Verwaltungsrates unter Vorsitz des Landtagspräsidenten den von ihr gewünschten staatlichen Einfluss auf Organisation und Programm des Bayerischen Rundfunks. Hatte Alois Hundhammer (CSU) als Kultusminister (1946-1950) noch maßgeblich an der Gesetzesformulierung mitgewirkt, konnte er so fortan auch als Präsident des Bayerischen Landtags (1951-1954) auf die Ausgestaltung des Rundfunks einwirken.

Die Personalpolitik dieser Jahre – darunter die Wahl von Rudolf von Scholtz zum ersten Intendanten des Bayerischen Rundfunks 1947 – tat ihr übriges, „die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stiftung vor allem bayerisch-konservativer Identität durch den Bayerischen Rundfunk als Stimme Bayerns“ (Schulz) zu schaffen. Schon zur Zeit der Weimarer Republik hatte von Scholtz den damals noch „Deutsche Stunde in Bayern“ genannten Rundfunk im Sinne der damals regierenden BVP mitgeprägt. Nun schwebte auch ihm ein

Rundfunk vor, der als Kultureinrichtung mit der Aufgabe identitätsstiftender Wirkung in einem traditionell-bayerischen Sinne wirken sollte.

Georg Schulz zeichnet die zuweilen verschlungenen Wege des Bayerischen Rundfunks in seinen Anfangsjahren präzise nach, wobei auch Personalentwicklungen in den Blick genommen werden. Punktuell wird eine noch detailliertere Zeichnung der taktischen Winkelzüge der Politik, die sie zu ihrem Ziel führte, vermisst. Angesichts der dürftigen Quellenlage, mit der sich der Autor konfrontiert sah, aber weiß die kompetente Darstellung zu beeindrucken. Bayerische Identitätspolitik nach 1945 ist trotz oder vielleicht gerade aufgrund des Umstandes, dass die CSU geführten Staatsregierungen eine spezifische blau-weiße Identität immer hochgehalten und als gegeben inszeniert haben, von der Forschung bislang eher stiefmütterlich behandelt worden. Es ist zu wünschen, dass die Studie von Georg Schulz dazu beiträgt, dass sich dies in Zukunft ändert.

DR. MICHAEL WEIGL,
UNIVERSITÄT PASSAU



Gehring, Horst / Hecker,
Hans-Joachim / Hermann,
Hans-Georg (Hrsg.):
Demokratie in Bayern. Die
Bamberger Verfassung
von 1919. Bamberg:
Stadtarchiv 2019,
217 Seiten, € 23,95.

Während 2018 des 200-jährigen Jubiläums der konstitutionellen bayerischen Verfassung von 1818 gedacht wurde, sind es im August 2019 mittlerweile 100 Jahre seit Promulgierung der demokratischen Weimarer Reichsverfassung und der ersten Verfassung des von Kurt Eisner im Zuge der Novemberrevolutionen 1918 ausgerufenen Freistaates Bayern, der sogenannten „Bamberger Verfassung“. Diese hatte Bestand bis zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten, die den wenig föderalistischen Art. 13 der Weimarer Verfassung („Reichsrecht bricht Landesrecht“) in ihrer Weise anwandten.

Was hat Bamberg damit zu tun? Nach den ersten Landtagswahlen im Freistaat im Januar/Februar 1919 kam es in München zur Ermordung des bereits zum Rücktritt entschlossenen Ministerpräsidenten Eisner durch einen Rechtsradikalen und zur Formierung einer antiparlamentarischen Räterepublik. Der neu gewählte Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD) verlegte im April 1919 Staatsregierung und Landtag ins ruhigere Bamberg, um dort die Entwicklung in München abzuwarten. In dieser Zeit entstand die Bamber-

ger Verfassung, aber auch die Reaktion gegen die Räterepublik und ihre brutale Niederschlagung mit Hilfe von preußischen Freicorps. Am Ende hat der demokratische Parlamentarismus über ein sozialistisches Rätssystem gesiegt. Zur Vorbereitung des Gedenkens an die Bamberger Verfassung fand im Juli 2017 in Bamberg eine Tagung der Gesellschaft für Bayerische Rechtsgeschichte statt, deren wissenschaftliche Referate und Vorträge nun in einem Sammelband des Bamberger Stadtarchivs veröffentlicht wurden.

Nach einem an Briefmarkeneditionen der Zeitgeschichte anknüpfenden Vorwort des Vorsitzenden der Gesellschaft für Bayerische Rechtsgeschichte (Hans-Georg Hermann, München) führen sehr persönliche Grußworte des 2. Bürgermeisters der Stadt Bamberg (Christian Lange) und des damaligen Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags (Reinhold Bocklet) in die Tagung ein. Hermann Rumschöttel (Neubiberg) skizziert zunächst die Entwicklung der bayerischen Verfassungsgeschichte seit der Konstitution von 1808 bis zur Verfassung des Freistaates Bayern von 1946. Horst Gehringer (Bamberg) beschreibt die verschiedenen Auswirkungen der Präsenz von Landtag und Staatsregierung auf die Stadt, etwa die Bildung einer Bürgerwehr, da das Militär mithelfen muss, „dem Münchener Wahnsinn, dem bolschewistischen Schreckensregiment ein Ende zu bereiten“ (S. 48). Dabei findet auch der Bamberger Alltag der Exilregierung eine Schilderung.

Bernhard Grau (München) widmet seinen Beitrag Kurt Eisner, den Verfassungsvorstellungen der Sozialdemokratie, die sich in der Bamberger Verfassung wiederfanden, und formuliert

dazu acht prägnante Thesen. Nicht nur die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), sondern auch unabhängige Sozialdemokraten (USPD) arbeiteten auf die Verwirklichung einer liberalen parlamentarischen Demokratie hin. Realpolitik hatte Vorrang vor sozialistischen Experimenten. Franz Wittreck (Münster) referiert rechtsgeschichtlich über „die Bamberger Verfassung im Konzert der übrigen Landesverfassungen der Zwischenkriegszeit“ und ihren „Eigensinn“ (S. 83). Martin P. Schenach (Innsbruck) zieht einen Vergleichsbogen zum Verfassungsrecht der österreichischen Länder nach 1918 unter dem Titel: „Konstanz in der Transformation?“

Wolfgang Ehberger (München), dem die wichtige Arbeit „Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie. Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919“ (München 2013) zu verdanken ist, schildert eingehend die maßgebliche Rolle des bedeutenden liberalen Würzburger Staatsrechtlers Robert Piloty (1863-1926) als geistigem Vater (S. 141, zusammen mit seinem Studienfreund Josef von Graßmann) der Bamberger Verfassung. Piloty äußerte bereits 1919, „die Verfassung sei nur eine Form, der erst treue Arbeit Leben und Dauer geben könne“ (S. 163). Gerhard Lingelbach (Jena) beschreibt ausgiebig die Geschichte der Verfassung des Freistaats Thüringen 1920/21.

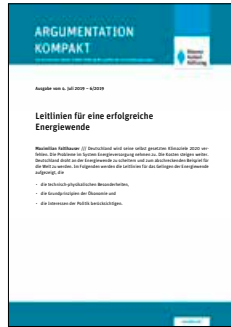
Cajetan von Aretin (München) beschließt den Tagungsband mit Abbildungen über die Entwicklung der Staatssymbolik in der Zeit der Bamberger Verfassung (Landesfarben, Wappen, auch im Unterschied zum Deutschen Reich) und Christian Georg Ruf (Rottweil) schreibt über „Die Bam-

berger Verfassung von 1919 und ihr[en] Einfluss auf die Bayerische Verfassung von 1946“.

Der lehrreiche und vorzüglich edierte Bamberger Tagungsband passt ausgezeichnet zu den im August 2019 stattfindenden Feierlichkeiten.

DR. STEFAN HARTMANN,
BAMBERG

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 6/2019: Leitlinien für eine erfolgreiche Energiewende

Leitlinien für eine erfolgreiche Energiewende

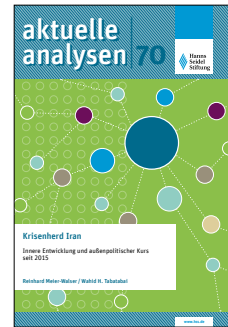
Wesentliche Eckdaten: (1) Deutschland wird eine erfolgreiche Energiewende 2035 erreichen, die Probleme in der Energieversorgung lösen wird. (2) Die Energieerzeugung wird sich von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien verschieben. (3) Die Energieerzeugung wird sich von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien verschieben. (4) Die Energieerzeugung wird sich von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien verschieben.

ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 5/2019: Die Wählerschaft der Europawahl 2019 – Wo kann mobilisiert werden



Die Wählerschaft der Europawahl 2019
 Wo kann mobilisiert werden?

Die Wählerschaft der Europawahl 2019 ist eine wichtige Zielgruppe für die Politik. Die Wählerschaft der Europawahl 2019 ist eine wichtige Zielgruppe für die Politik. Die Wählerschaft der Europawahl 2019 ist eine wichtige Zielgruppe für die Politik.



AKTUELLE ANALYSEN
 70: Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs seit 2015

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
 Nr. 487 „Der Umwelt zuliebe ...“ mit Beiträgen von Thomas Klotz, Dennis Tänzler und Anja Weisgerber

POLITISCHE STUDIEN

6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 485: Digital – aber sicher
	PS 484: Entscheidung für Europa
	PS 483: Alt, krank, einsam? Zukunftsaufgabe Pflege
	PS 482: Mit Kultur Politik machen
	PS 481: Brennpunkt Iran – eine neue Krise?
	PS 480: Bayerns Zukunft im Blick

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat „Publikationen“
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

Herausgeber:

© 2019, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Aumüller Druck Regensburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
scusi / Fotolia

